Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 1,20, monatl. 40 Pf., durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.— bezw. 35 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen täglich nachmittags. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die 5gespaltene Einheitszeile oder deren Raum 20 Pf., für kleine Anzeigen, Haushalt und Familie ber. 10 Pf. Die Quittung für die laufende Vierteljahr bezw. Monat wird von Bezielern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 40 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 41. | Freitag, den 18. Februar 1916. | 156. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.:

1. Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Bundesrats über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade vom 16. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 821).
2. Schroten auf nicht gewerblichen Schrotmühlen.
3. Beitritt zur Kreiseinkaufsgenossenschaft.

Tageschronik.

In Paris soll in nächster Zeit ein großer Kriegsrat sämtlicher Vierverbandsminister abgehalten werden.

In der zusammentretenden russischen Duma befürchtet man stürmische Szenen.

Ein Ausgleich zwischen Giolitti und Salandra ist nicht zustandegekommen.

Neun Forts von Erzerum sollen sich in den Händen der Russen befinden.

Die deutsche Industrie betreibt ein Ersatzverfahren zur Herstellung von Ferromangan, das uns dauernd vom Auslande völlig unabhängig macht.

Der Allerweltsvielfraß.

Cecil Rhodes sagt in seinem Testament nach dem Zeugnis des verstorbenen Friedensfreundes W. T. Stead, der einen Entwurf zu diesem Schriftstück besaß: „Sollte es einen Gott geben, dann wünscht er, daß ich soviel wie möglich von der Karte Afrikas britisch-rot anmalen soll; und um dies tun zu können, muß ich die Einheit und den Einfluß der britischen Rasse fördern und ausdehnen, wo immer ich kann."

Earl Rosebery: „Man sagt, daß unser Reich groß genug ist und keiner Erweiterung bedarf .... Wir werden aber immer in Betracht ziehen müssen, nicht was wir jetzt brauchen, sondern was wir in Zukunft brauchen werden." — Den englischen Kindern wird am „Empire-Day" der Gedanke beigebracht, daß die Erde dem Britenvolke geweiht ist: „Dehne dich aus von Süden nach Norden, von Westen nach Osten, dehne dich aus! Verstärke deine Zeltpflöcke und Zeltleinen. Die Welt ist ein Zelt für die wahren Herren der Welt."

Feldmarschall Lord Wolseley ließ sich in seinem „Taschenbuch für Soldaten" wie folgt vernehmen: „Wir wirtschaften immer noch mit den Phrasen, daß Ehrlichkeit die beste Politik ist, und daß die Überzahl schließlich doch gewinnt. Diese hübschen kleinen Sätze eignen sich ganz gut für ein Schulbuch; aber der Mann, der danach im Kriege handeln wollte, sollte lieber für immer sein Schwert in die Scheide stecken."

Oberst Ross: Macht ist an die Stelle des Rechts getreten. Sollte sich die Zerstörung von Heimstätten und Landbesitz nicht als ausreichend erweisen (als Strafe für Zerstörung von Eisenbahnen und Telegraphenlinien), so müssen ganze Städte zerstört und die Einwohner gehängt werden. Auf alle Fälle aber muß die Unterwerfung des Feindes erreicht werden." ... Man muß einen wirksamen Nachrichtendienst in dem Gebiete des Gegners und, wenn nötig, in neutralen Ländern einrichten, der nicht nur gute Nachrichten verschaffen, sondern auch falsche Nachrichten verbreiten, Verführung und Zwist in den Reihen des Gegners hervorrufen und den Gegner bei der ganzen gesitteten Welt in Mißachtung bringen soll."

Major Stuart Murray: Was Verträge anbelangt, so soll man sich darauf nicht verlassen. Sie sind nur solange als bindend anzusehen, wie die beiderseitigen Interessen der vertragschließenden Parteien dieselben bleiben und solange wie zu ihrer Durchführung genügend Macht vorhanden ist .... Stellen wir doch gleich einmal alles Gerede, daß das Völkerrecht irgendeinen Schutz bedeute, als kindisch beiseite. Völkerrecht gibt es nicht, denn was man fälschlich so nennt, ist bloß internationaler Brauch, und ein Volk, das mächtig genug ist, kann jederzeit einen neuen Brauch hinzufügen. Wir Engländer selbst haben uns am meisten von allen Völkern des Bruches internationaler Abkommen schuldig gemacht. Wir haben oft unsere Seemacht ausgenutzt, um andere Völker überraschend anzugreifen.

Der bekannte Militärschriftsteller Dr. Miller Maguire hat wohl das letzte Wort in militärischem Zynismus gesprochen: Den Bewohnern im besetzten Gebiet dürfen nur noch die Augen gelassen werden, um den Krieg zu beweinen. Es muß die Ausgebrannten tägliche und stündliche Anstrengungen kosten, um sich die dürftige Nahrung zum Lebensunterhalt zu beschaffen. Wenn der feindliche Soldat erfährt, daß seine Familie — Weib und Kinder — zu Hause leidet, so wird ihm auf seinem Posten unbehaglich zu Mute, er wird erwägen, welche Pflicht er seiner Familie schuldet. Und was die Natur ihm da eingeben wird, das läßt sich wohl unschwer feststellen."

Das ist die Kriegsmoral, die Unersättlichkeit und der bodenlose Zynismus desjenigen unserer Gegner, mit dem die deutsche Demokratie von der aspahltliberalen Spielart je eher, desto lieber sich „verständigen" möchte, damit seine „wohltätige Macht" zum Segen der Kulturwelt erhalten oder doch nicht allzu sehr gemindert werde; den sie den „Hort wahrer Freiheit" nennt, und dem zuliebe sie sogar die eigenen Grundsätze preisgibt, indem sie dem Ausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses das Recht parlamentarischer Meinungsfreiheit bestreitet, nur weil er aus Sorge um die höchsten nationalen Interessen es wagte, den uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg gegen einen Gegner zu fordern, dessen weltpolitische Gemeingefährlichkeit und moralische Verkommenheit aus den oben wiedergegebenen Bekenntnissen seiner führenden Männer mit unheimlicher Klarheit hervorleuchtet. Denn diese Bekenntnisse sind nicht etwa in der Hitze des Kampfes, bei oder nach Ausbruch des Krieges, sondern lange vorher in der Stille der Studierstube, also bei ruhiger Überlegung, abgegeben worden. Und an ihrer Echtheit ist deshalb nicht zu zweifeln, weil sie von englischer Seite selbst zusammengestellt wurden; sie finden sich in Nr. 2 der „Arbeiter- und Kriegsschriften", welche die englische „Unabhängige Arbeiterpartei" herausgibt. Sie kommen für uns gerade zur Zeit, weil sie wie nichts anderes geeignet sind, dem deutschen Volke vor Augen zu halten, welches Schicksal seiner harrt, wenn die „wahren Herren der Welt" in diesem ungeheuren Kriege, den sie selbst heraufbeschworen, ja, für ihre Zwecke heraufbeschwören mußten, dem gerechten Gericht entgehen.

Vom Kriege.

Aus dem Westen.

Was haben die Deutschen vor?

Der Lyoner „Nouvelliste" bemängelt die unklaren Tagesberichte, die die französische Heeresleitung über die letzten Kämpfe im Artois und in der Champagne veröffentlichte. Diese Berichte ließen nicht erkennen, ob es sich bei den von den Deutschen genommenen Gräben um die Wiedergewinnung früheren vom Feinde verlorenen Geländes oder um die Eroberung neuer französischer Gräben handle. Die Nervosität der französischen Presse gibt sich auch in den Betrachtungen der Fachkritiker der Pariser Blätter über die Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz kund. General Berthaut ist ratlos. Er erklärt, es sei wirklich schwierig, die Pläne, die die deutsche Heeresleitung in Frankreich verfolge, zu erraten. Oberstleutnant Rousset erblickt hinter den deutschen Angriffen die Vorbereitung einer geheimnisvollen Aktion, deren Ausführung nicht mehr lange auf sich warten lassen könne. Der „Temps" endlich begründet die ergebnislosen Gegenangriffe der Franzosen mit der Erklärung: nur die außerordentliche Energie der Deutschen habe diesen gestattet, das eroberte Gelände zu behaupten.

Der große Kriegsrat in Paris.

Rotterdam, 15. Februar. „Daily Mail" meldet aus Paris, daß noch in dieser Woche die Vorversammlung der Generalstäbe Frankreichs, Englands, Rußlands und Italiens in der französischen Hauptstadt stattfinden werde zur Festsetzung des Programms für die kommende Konferenz. An dieser werden nach diesem Blatt sämtliche Minister des Vierverbandes mit ihren technischen Beiräten teilnehmen. Die zukünftige Kriegführung des Vierverbandes soll nach allen Richtungen beraten werden. Auch alle die Entente sonst noch interessierenden Fragen sollen beraten und gelöst werden.

Recht so, immer „beraten" und „beschließen", dann kann es nicht fehlen!

Entrüstung in England über die Einberufung der Unverheirateten.

Mailand, 16. Februar. Der „Corr. d. Sera" meldet aus London, daß die sofortige Einberufung sämtlicher Unverheirateten von 31 bis 40 Jahren zum 18. März in ganz England das größte Erstaunen hervorruft, in vielen Kreisen sogar in Bestürzung versetzte, weil man erwartet hatte, daß zunächst nur ein Teil der Unverheirateten einberufen würde, nachdem die im Alter von 19—30 Jahren stehenden Männer sich bereits im Januar stellen mußten. Man legt auch Verwahrung dagegen ein, daß die Gerichtshöfe zur Prüfung von Befreiungsanträgen nicht mehr genügend Zeit hätten, ihres Amtes zu walten. Durch die sofortige Einberufung aller Klassen der Unverheirateten werden mit einer Wartefrist von nur einem Monat auch alle Verheirateten von 19 bis 40 Jahren einziehungspflichtig.

Aus dem Osten.

Vor dem Zusammentritt der Duma.

Stockholm, 16. Februar. Die Eröffnung der Duma wird in Petersburg mit großer Unruhe erwartet. Über das Verhalten der Regierung ist nichts bekannt außer den farblosen Äußerungen des Ministerpräsidenten. Politische Reden von Stürmer und Ssajonow werden erwartet. Der fortschrittliche Block hält seine Ansichten geheim, doch verlautet, daß er mit einer scharfen Kritik an die Regierung herantreten wird und die Forderung einer neuen Regierung, die das Vertrauen des Landes genießt, aufrecht erhalten werde. Die Rechte hält eine Einschränkung der Redefreiheit für notwendig. Bei der ersten unzulässigen Kritik müsse die Duma sofort aufgelöst werden.

Stockholm, 16. Februar. Die ganze Petersburger Presse bezeichnet die Sitzung des Seniorenkonvents, in der das Arbeitsprogramm der Duma festgesetzt werden sollte, als denkwürdig. Eine Einigung wurde nicht erzielt, dagegen hatte es den Anschein, daß der in einem halben Jahre angesammelte Explosivstoff in der Dumasitzung zur Entzündung kommt. Stürmer nahm Abstand von einer längeren Erklärung in der ersten Dumasitzung. Er wird die Duma nur kurz begrüßen und eine gute Zusammenarbeit mit der Regierung wünschen. Goremykin erklärte, daß er nicht gewillt sei, an den Tagungen teilzunehmen. Er verlasse in den nächsten Tagen Petersburg. Die Mitglieder der Rechten in der Duma lehnten in ihrer letzten Beratung die englische Einladung zum Parlamentsbesuche ab; sie wünschen keinesfalls daran teilzunehmen, weil sie befürchten, daß inner-russische Verhältnisse dabei zur Sprache kommen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160218-11/fragment/page=0001

Die Zukunft Bessarabiens.

Budapest, 16. Februar. Die Bukarester „Minerva" meldet aus Tulcisa: In der Sitzung der bessarabischen Semstwos, die dieser Tage stattfand, wurde nicht nur über die Verteidigung Bessarabiens gesprochen, es wurde auch darüber beraten, ob Bessarabien an Rumänien zurückgegeben werden solle. Die Erörterung dieser Frage geschah auf Aufforderung der russischen Regierung. Man erklärte sich schließlich gegen die Rückgabe Bessarabiens. Ein entgegengesetzter Beschluß wäre den Teilnehmern wohl auch übel bekommen.

Der Krieg gegen Italien.

Keine Veränderung an der Front.

Der österreichische Generalstab berichtet:

Wien, 16. Februar. Die Artilleriekämpfe an der küstenländischen und dem anschließenden Teil der Kärntner Front dauern fort. Im Abschnitte von Doberdo kam es auch zu Minenwerfer- und Handgranatenkämpfen. Im Zavoreck wurde eine italienische Feldwache zum achten Male ausgehoben. Das Vorfeld unserer neuen Stellung im Rombon-Gebiete ist mit Feindesleichen bedeckt.

Giolitti streikt.

Mailand, 16. Februar. Die italienische Regierung fährt fort, die Freunde Giolittis aus den diplomatischen politischen Stellungen zu beseitigen. Der bisherige Botschafter in Konstantinopel wurde in ein Ressort des Ministeriums des Innern zurückversetzt und dann durch eine unmittelbar darauf erfolgte Verfügung pensioniert. Es ist dies der untrüglichste Beweis dafür, daß zwischen Salandra und Giolitti ein Ausgleich nicht zustandegekommen ist.

Die Lage auf dem Balkan.

Der Abschied der italienischen Mission aus Griechenland.

Athen, 16. Februar. Der König hat alle Offiziere und Mitglieder der italienischen Mission in Abschiedsaudienz empfangen, die unverzüglich nach Italien heimkehren werden.

Vergütung der Schäden in Saloniki.

Athen, 16. Februar. Die Zeitungen melden, daß nach einem zwischen Griechenland und den Alliierten zustandegekommenen Abkommen diese nach Beendigung des Feldzuges Entschädigungen für die von den griechischen Kaufleuten und Privaten gelegentlich des Bombardements von Saloniki erlittenen Verluste zahlen werden. Die griechische Regierung werde in Athen eine Liste darüber überreichen.

Die Zukunft Salonikis.

Die „Schweiz. Tel.-Inf." erfährt aus Athen: Von griechischer politischer Seite wird auf vertrauliche Berichte aus Saloniki hingewiesen, wonach der dortige englische Konsul den nach Saloniki geflüchteten Griechen, die durch die militärischen Ereignisse zum Verlassen ihrer Wohnsitze gezwungen waren, Ratschläge für die Erwerbung der englischen Staatsbürgerschaft erteilen läßt. Dieser Umstand beunruhigt hier, da man meint, daraus folgern zu sollen, daß England die dauernde Besetzung Salonikis planen könnte.

Die griechischen Inselverluste.

Zürich, 16. Februar. Schweizer Blätter melden aus Mailand: Die Entente hat ⅔ des gesamten griechischen Inselbesitzes besetzt.

Neue Vergewaltigungen Griechenlands.

Die „Schweiz. Tel.-Inf." meldet aus Athen: Hier glaubt man, mit der Besetzung der Häfen Patras und Volo durch die Entente rechnen zu müssen. Die Entente fordert bereits, wie verlautet, die Erlaubnis zur Ausschiffung von 5000 serbischen Soldaten und Flüchtlingen, was indessen die griechische Regierung nach energischem Auftreten von Gunaris verweigerte, da sie damit die eigentliche Erlaubnis zur Besetzung gegeben haben würde. Zwischen Kreuzen täglich Kriegsschiffe der Entente vor dem Hafen von Patras. Der Hafen von Volo ist bereits durch Verbaue und Minen der Flotte der Entente abgesperrt, was als Vorzeichen für eine beabsichtigte Landung angesehen wird. (Patras liegt am Eingang des Korinthischen Golfs, Volo nördlich von Euböa an der gleichnamigen großen Bucht.)

Die Stimmung in Griechenland.

Der „Köln. Ztg." zufolge meldet ein Vertreter des Pariser „Temps", der sich in Florina nach dem politischen und militärischen Stand der Dinge umsah, daß er mit dem griechischen Präfekten eine Unterhaltung hatte, worin dieser ihm mit der Erklärung in Erstaunen versetzt habe, er habe die Gewißheit erhalten, daß nicht ein griechischer Soldat die Ansichten von Venizelosteile, das heißt also, ein Freund der Vierverbandsmächte sei. Aus dem Bericht geht übrigens hervor, daß der Präfekt ihm, wenn auch in höflicher Form, auch seine eigenen abfälligen Urteile über die Politik und das Vorgehen der Vierverbandsmächte gegenüber Griechenland nicht vorenthielt.

Unter welchen Bedingungen Rumänien dem Vierverbande helfen will.

Köln, 16. Februar. Der Bukarester Korrespondent der „Köln. Ztg." drahtet: Im Herzen der früheren rumänischen Kriegshetzer löse der Besuch des Zaren Ferdinand in Deutschland und Österreich schmerzliche Gefühle aus. Kennzeichnend für die Auffassung der politischen Lage in diesen Kreisen sei, daß folgende Bedingungen dem Vierverband gestellt werden, damit Rumänien noch an seine Seite treten könne: Die Behauptung Salonikis, Wiederherstellung Serbiens und Montenegros, sowie Galiziens, ein entscheidender Sieg in den Karpathen und die Eroberung Konstantinopels. Diesen ganzen Speisezettel müsse der Vierverband abessen, damit er als Nachtisch die rumänische Bundesgenossenschaft vorgesetzt bekommt.

Kriegserklärung der rumänischen Konservativen an Bratianu.

Bukarest, 15. Februar. Der Bruder des Ministerpräsidenten Bratianu, Dina Bratianu, hielt dieser Tage in Campolung eine Rede, in der er sowohl die unionistische Föderation als auch die Anhänger Marghilomans angriff. Das amtliche Organ der konservativen Partei in Rumänien, „Steagul", antwortet auf diese Auslassungen folgendermaßen: Wir erklären namens der konservativen Partei, daß, wenn heute zwischen uns und der Regierung ein offener Bruch zustande kommt, dies nur dem Umstande zugeschrieben werden kann, daß sich die Regierung in letzter Zeit von allem mehr als vom Neutralitätsprinzip leiten ließ. Das Verhalten der Regierung wird charakterisiert in dem mit England abgeschlossenen Vertrag. Dies war eine solche schwerwiegende politische Tat, daß die Regierung dadurch des Rechtes beraubt ist, sich weiterhin zum Hüter der Neutralität aufzuspielen.

Der türkische Feldzug.

Die indischen Truppen aus Ägypten entfernt.

Köln, 16. Februar. Die „Köln. Volksztg." berichtet in einer Korrespondenz aus Kairo über schwere Meutereien der indischen Truppen am Suezkanal, sodaß sich General Maxwell gezwungen sah, die indisch-mohammedanischen Truppen vom Suezkanal zu entfernen und nach anderen Kriegsschauplätzen zu bringen.

Neun Forts von Erzerum gefallen?

Der amtliche russische Heeresbericht vom 15. d. M. besagt u. a.: Bei unserer Offensive in der Gegend von Erzerum nahmen wir nach Artillerievorbereitung noch ein Fort der Festung im Sturm. Wir erbeuteten 20 Geschütze und Munition und machten Gefangene.

Amtlicher Mittwochsbericht vom Kaukasus: Außer den beiden kürzlich besetzten Forts von Erzerum eroberten am Abend des 15. Februar unsere tapferen Truppen noch sieben Forts. In unseren Händen befinden sich die Forts Karagindek, Tafta, Tschobandele, Tasanghez, Uzunathmen Nr. 1, Kaburga, Oriatuk, Ortatuk-Alliavessi.

Berlin, 17. Februar. Im „B. L.-A." heißt es zu den Kämpfen um Erzerum: Erzerum ist zwar die Hauptstadt des gleichnamigen Vilajets und hat als solche eine gewisse Bedeutung, aber seine militärischen Befestigungen stimmen jedenfalls nicht mit der Annahme überein, daß es den „Schlüssel zu Kleinasien" bilde.

Der Verlust von Erzerum wäre, wie dem auch sei, für die Türken ein schmerzlicher. Verwunderlich ist nur, daß in den amtlichen türkischen Berichten davon garnichts verlautete.

Der Seekrieg.

Bestätigung der Vernichtung des englischen Kreuzers „Caroline".

Wie berichtet, wurde der kleine englischer Kreuzer „Caroline" durch unsere Zeppeline auf dem Humber in der Nacht zum 1. Februar zerstört. Reuter leugnete das frischweg ab. Jetzt läuft indes eine ausführliche Bestätigung aus Schweden ein.

Die „Hamb. Nachr." melden aus Stockholm: Der bei dem letzten Zeppelin-Angriff auf den Humber getroffene englische kleine Kreuzer „Caroline" sollte infolge der schweren Beschädigung, die ihm durch eine Bombe beigebracht war, auf den Strand gesetzt werden. Das Schiff ist aber bei Grimsby gesunken. Der Mast des Kreuzers ragt aus dem Wasser.

Englands zitternde U-Boots-Angst.

Die deutsche Ankündigung in Sachen der bewaffneten Handelsschiffe hat nach dem Zeugnis Reuters und einiger Londoner Blätter gänzlich gleichgültig gelassen. Es bedurfte keines Scharfblicks, um die Heuchelei dieser Behauptung zu durchschauen, und je näher der 29. Februar herauerückt, desto mehr wird diese Heuchlermaske sich lüften. Die in Wahrheit vorhandene Furcht äußert sich natürlich nicht in klaren Worten, aber sie klingt aus folgenden Ausführungen des Reederschblattes „Shipping Gazette" deutlich genug hervor:

Wenn der U-Boot-Krieg nicht wäre, wären die Frachtsätze 50 bis 75 Prozent niedriger als jetzt; der englischen, französischen, russischen, italienischen und belgischen Handelsflotte stünde rund eine Million Tonnen an Laderaum mehr zur Verfügung. England hätte ferner im vergangenen Jahre nicht Verluste gehabt, die an Schiffen und Ladungen in die Hunderte von Millionen Mark gehen. Der anfangs so verspottete U-Boot-Krieg hat somit langsam, aber sicher seine Früchte für Deutschland getragen, wenn auch das Hauptziel, die Aushungerung Englands, nicht erreicht werden konnte. Jetzt steht eine Verschärfung des U-Boot-Krieges in Aussicht. Man scheint die deutsche Ankündigung auf die leichte Schulter zu nehmen, aber den Worten werden die Taten folgen. Für uns handelt es sich darum, ob und welche Maßnahmen wir dagegen ergreifen können. Diese Frage muß nach ihrer politischen, militärischen und technischen Seite hin studiert werden, und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß sie von unserer Regierung bereits eifrig studiert wird. Hoffen wir, daß die Regierung bald praktische und wirksame Taten zur Ausführung bringt.

Und ist es etwas anderes als Furcht, wenn die „Evening Post" den — Amerikanern klar macht, daß es ihr Interesse sei, Deutschland von der Verwirklichung seiner Drohung abzuhalten?

Die Ankündigung der deutschen Regierung wird (so schreibt das Blatt), wenn sie in die Tat umgesetzt wird, nicht nur die wirtschaftlichen und militärischen Interessen Englands, sondern auch die der Vereinigten Staaten treffen. Man wird sich in der Tat fragen, ob es das Prestige des Präsidenten und das Prestige der Washingtoner Regierung zulassen wird, den Schutz amerikanischer Bürger, den die Vereinigten Staaten über ihren Untertanen unter allen Umständen feierlich zugesagt haben, zurückzuziehen. Wird Amerika sich überrumpeln, wird es sich diesen Maulkorb gefallen lassen? Man kann gespannt sein, wie Wilson und der Kongreß sich aus der Schlinge ziehen werden.

Ein deutsches Gegenstück zum „King Stephen".

Anfang Mai 1915 kreuzten vor Zeebrügge die englischen Zerstörer „Maori" und „Crusader". Als ersterer auf eine Mine lief und in den Bereich der Landbatterien Zerstörer „Maori" und „Crusader". Als ersterer trieb, wurde er von unseren Küstenbatterien unter Feuer genommen. Bald darauf war von Land aus zu erkennen, daß die Besatzung des sinkenden „Maori" ihr Schiff verließ und in die Boote ging. Sofort stellten unsere Batterien das Feuer ein, sie sollten nicht auf hilflose Menschen im Wasser schießen. Der „Maori" versank alsbald in die Tiefe.

Inzwischen setzte der „Crusader" noch ein Boot aus, um sich an der Rettung der „Maori"-Mannschaft zu beteiligen. Als jedoch eines unserer Kampfflugzeuge sich dem „Crusader" näherte, ergriff dieser die Flucht und dampfte mit voller Fahrt nach Westen, seine Kameraden hilflos in Stich lassend. Dieser Zeitpunkt nutzte eines unserer Wachtflugzeuge aus — gerade ein solcher Fischdampfer wie bei „L 19" war — und fuhr mit einer Besatzung von 28 Mann zu den in den Booten treibenden „Maori"-Leuten, um sie zu retten. Als es bei den Booten ankam, die inzwischen bis auf 12 Seemeilen von der Küste abgetrieben waren, bemerkte der an Bord befindliche deutsche Seeoffizier, daß er sechs Fahrzeuge vollbesetzt mit Menschen vor sich hatte. Nach Schätzung mußten in den Booten nahezu 100 Mann sein. So wie die Lage war, mußte zudem mit der naheliegenden Möglichkeit gerechnet werden, daß der „Crusader" zurückkehrte und dann den deutschen Fischdampfer kaperte oder in Grund schoß. Der Offizier zögerte keinen Augenblick, sämtliche Schiffbrüchigen trotz ihrer wohl mehr als vierfachen Übermacht an Bord zu nehmen. Die genaue Zählung ergab 7 Offiziere und 88 Mann Mann, also genau die vierfache Übermacht gegenüber der Besatzung des deutschen Fischdampfers. Kurz vor Dunkelwerden kam der Fischdampfer mit den Geretteten glücklich in Zeebrügge an.

Der englische Fischdampfer „King Stephen" hatte mindestens eine Besatzung von 12 Mann an Bord, konnte demnach die längere Zeit im Wasser treibenden und damit sehr erschöpften 22 Mann von „L 19", also nicht mal die doppelte Übermacht, mit Leichtigkeit aufnehmen, ohne irgendwelche Gefahr zu laufen. Mit zynischer Offenheit hat der Kapitän zugegeben, daß er es nicht tat; seine Landsleute haben ihn ob seiner Handlungsweise gelobt. Wie anders das Verhalten des deutschen Fischdampfers, der eine frisch von Bord gekommene, also tatkräftige vierfache Übermacht, bei welcher noch mit bewaffnetem Widerstand zu rechnen war, an Bord nahm. Er habe nie daran gezweifelt, erklärte der Kommandant des „Maori" abends einem Offizier des Stabes in Zeebrügge, daß die deutsche Marine in solchem Falle so handeln würde, wie sie es heute getan. „We are all Sailors" — „Wir sind alle miteinander Seeleute" — fügte er hinzu, d. h. „Wenn der andere in Seenot ist, hat die Feindschaft ein Ende". Dameis waren Engländer die Schiffbrüchigen, damals fand jedermann in England die Rettungstat selbstverständlich. Heute klingt es anders.

Die Neutralen.

Eine Anfrage der amerikanischen Regierung?

London, 16. Februar. (Reuter.) Wie verlautet, werden die Vereinigten Staaten in kurzem an Deutschland und Österreich-Ungarn die Frage richten, wie sie festzustellen beabsichtigen, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist, oder nicht, ehe sie es ohne Warnung versenken.

„Daily Mail" erfährt aus Washington, die Regierung habe bereits über die gegenüber der deutschen Ankündigung einzuhaltende Politik entschieden. Man sei zu dem Schluß gelangt, daß das bestehende Gesetz gelten müsse, bis die Kriegführenden Lansings Vorschläge, die Handelsschiffe zu entwaffnen, angenommen hätten. Die Vereinigten Staaten würden deshalb darauf bestehen, daß das Leben der Bürger, die auf unbewaffneten Handelsschiffen, die keinen Widerstand leisten, reisen, sicher gestellt sein müsse. Die Aufgabe, festzustellen, ob ein Handelsschiff bewaffnet ist oder nicht, falle den Kommandanten der U-Boote zu. Die Vereinigten Staaten stünden auf dem Standpunkte, daß die Regierungen dieser Kommandanten für alle ihre Mißgriffe verantwortlich seien.

Der Standpunkt Amerikas?

„Daily Telegraph" veröffentlicht Depeschen aus Washington, in denen die Überzeugung ausgedrückt wird, daß die amerikanische Regierung wahrscheinlich keinen Protest gegen die deutsche Denkschrift über die Verschärfung des U-Boots-Krieges einlegen werde. Die Regierung sei augenscheinlich gewillt, sich auf den Standpunkt mehrerer Marinesachverständiger zu stellen, welche erklärten, daß Amerika in Zukunft wegen seiner langgestreckten Küsten in größtem Maßstabe auf den U-Boots-Krieg angewiesen sein werde, so daß eine Politik, durch welche die volle Wirksamkeit der U-Boote beeinträchtigt werden könnte, mit Interesse der Vereinigten Staaten läge. „Daily Telegraph" meldet ferner: Die Regierung der Vereinigten Staaten konferierte gestern wegen der deutschen Denkschrift. Bis gestern Abend lag eine amtliche Erklärung über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten noch nicht vor. Die Meinungen der Presse sind geteilt, die meisten Blätter stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß die Vereinigten Staaten von Anfang des Krieges an der Ansicht gewesen sind, daß ein Handelsschiff seinen friedlichen Charakter durch die Anwesenheit eines Geschützes an Bord nicht verliere. Auch habe sich das Washingtoner Kabinett auf den Standpunkt gestellt, daß der Export von Waffen und Munition berechtigt sei und nicht behindert werden dürfe. Die New Yorker Presse betont der Ernst der Lage und weist darauf hin, daß der Umstand, das Washington schweigen wolle, darauf beute, daß die Regierung keine Handhabe besitze, um der deutschen Denkschrift entgegentreten zu können. Andererseits glaubt man aber auch nicht, daß Wilson wegen der bevorstehenden Wahlen es zu ernsten Konflikten mit England kommen lassen wird.

Wilsons Stellung?

London, 16. Februar. Die „Morning Post" meldet aus Washington vom 13. Februar: Präsident Wilson ist heute zurückgekehrt. Es ist noch unbestimmt, welche Haltung er zu der neuen deutschen Ankündigung einnimmt, alle bewaffneten Handelsschiffe ohne Warnung zu zerstören. Seine Umgebung glaubt, daß seine Entscheidung für Deutschland günstig sein wird. Ein Amerikaner in sehr hoher Stellung sagte dem Korrespondenten der „Morning Post", jede Regierung habe das natürliche Recht, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Schiffe die Häfen des Landes anlaufen dürfen. Es

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160218-11/fragment/page=0002

sei absurd, es als einen unneutralen Akt hinzustellen, wenn die Regierung ihren bisherigen Standpunkt in dieser Frage ändere. Die älteste und einflußreichste Washingtoner Zeitung „Star" sagt, die neue deutsche Ankündigung ließe den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig, als dieser Politik des Seekrieges heizutreten und alles zu tun, um die Amerikaner von der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe abzuhalten.

Der englisch-schwedische Konflikt.

Kopenhagen, 16. Februar. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: In den letzten Tagen kam von Göteborg keine englische Paketpost mehr an. Dort liegen nunmehr 58 000 für England bestimmte Paketsendungen aufgestapelt.

Die schwedische Regierung verlangt in einem gestern eingebrachten Gesetzentwurf, zur Wahrung der Neutralität 25 Millionen Kronen aufwenden zu dürfen.

Auf Grund des niedrigen Kurses des dänischen Papiergeldes gegenüber dem schwedischen entstanden Schwierigkeiten bei der Abrechnung zwischen der schwedischen und der dänischen Staatsbahn. Von schwedischer Seite verlangt man Bezahlung in Gold. Dänemark macht geltend, daß dies in dem Abrechnungsverhältnis zwischen Schweden und Deutschland nicht verlangt würde.

Minenlegung nahe dem schwedischen Seegebiet.

Stockholm, 16. Februar. Der deutsche Gesandte hat dem Minister des Auswärtigen heute folgende Mitteilung überreicht: In nächster Zeit werden außerhalb des schwedischen Seegebiets an verschiedenen Stellen zwischen 55 Grad 18 Minuten und 55 Grad 16 Minuten nördlicher Breite und 12 Grad 42 Minuten und 13 Grad östlicher Länge Schiffahrtshindernisse und Minen ausgelegt. Sobald nähere Mitteilungen eingegangen sind, werden die notwendigen Anweisungen für die Schiffahrt erteilt werden.

Verschiedene Nachrichten.

Wieder eine wichtige Rohstoffrage gelöst.

Im Sommer 1915 haben Engländer und Franzosen theoretisch einwandfrei bewiesen, daß bereits im Herbst 1915 die deutsche Stahlproduktion und damit die Herstellung von Granaten zunächst in der Güte, dann aber auch in der Menge schnell bergab gehen müsse, weil die Manganvorräte nicht länger ausreichen würden und die Zufuhr ausländischer Manganerze unterbunden sei. Daß die Granaten nicht schlechter geworden sind und daß unsere Truppen sowie die unserer Verbündeten daran keinen Mangel haben, konnten unsere Feinde inzwischen an allen Fronten selbst feststellen. Immerhin wird bei ihnen die Hoffnung geblieben sein, der kritische Augenblick sei nur verschoben, nicht aufgehoben.

Dieser kritische Augenblick liegt noch in unabsehbarer Ferne. Auf lange Zeit ist Deutschland auch heute noch mit Manganerzen versorgt, ohne die Mengen, die deutsche Bergwerke fördern, und die zur Not allein ausreichen, um genügende Munitionsmengen anzufertigen.

Der Krieg hat aber darüber hinaus deutsche Wissenschaft und Technik veranlaßt, sich mit dem Ersatz des Ferromanganas für Stahlerzeugung zu beschäftigen.

Die Ersatzfrage ist gelöst. Das Material wird aus inländischen Grundstoffen hergestellt, die sich in beliebig großen Mengen im Inland gewinnen lassen. Anlagen hierfür sind schon im Betrieb und noch größere im Bau. Das Verfahren wird uns dauernd von der Zufuhr aus dem Auslande unabhängig machen. Es bedeutet gleichzeitig einen Fortschritt und ist wirtschaftlicher als das bisherige Verfahren. Wie auf so manchen anderen Gebieten wird auch hier durch die Politik der Absperrung das Gegenteil erreicht werden von dem, was ihre Urheber beabsichtigten.

Aus Stadt und Umgebung

* **Die Satzung des Viehhandelsverbandes Provinz Sachsen** hat eine Änderung dahin erfahren, daß auch der Handel mit Kälbern und mit Ferkeln und Läuferschweinen im Gewicht von über 40 Kilogramm (bisher 50 Kilogramm) für das Stück unter die Bestimmungen der Satzung fällt. Demzufolge sind für die Versendung auch dieses Viehes auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Wasserstraßen die vorgeschriebenen Ausweise erforderlich.

* **Keine Vermehrung der fleischlosen Tage.** Dem Vernehmen nach läuft das Gerücht um, die Reichsregierung werde anstatt der zwei bestehenden vier fleischlose Tage einführen. Amtlich wird nun festgestellt, daß das Gerücht auf freier Erfindung beruht.

* **Einfuhr von Kartoffeln.** Nach dem Vorgang der Einfuhrerlaubnis für Butter und Salzheringe, wenn auch nicht völlig nach ihrem Muster, ist jetzt auch ein Einfuhrmonopol für ausländische Kartoffeln eingeführt worden. Es erscheint in Gestalt von Ausführungsbestimmungen zur Kartoffelverordnung vom 7. Februar. Die Bekanntmachung hat auszugsweise folgenden Wortlaut:

§ 1. Wer Kartoffeln aus dem Ausland einführt, ist verpflichtet, ihren Eingang unter Angabe der Arten, der Mengen und des bezahlten Einkaufspreises der Reichskartoffelstelle (Verwaltungsabteilung) in Berlin, Bellevuestraße 6a, unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief oder telegraphisch zu erfolgen.

§ 2. Der Einführende hat sie nach der Vorschrift in § 1 der Verordnung vom 7. Februar 1916 an die Reichskartoffelstelle zu liefern. Er hat sie bis zur Abnahme durch die Reichskartoffelstelle aufzubewahren, pfleglich zu behandeln und in handelsüblicher Weise zu versichern. Er hat auf Erfordern Auskunft zu geben, Proben gegen Erstattung der Portokosten einzusenden, die Besichtigung zu gestatten und auf Abruf zu verladen. Die Reichskartoffelstelle hat binnen drei Tagen nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr, und wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung zu erklären, ob sie die Kartoffeln übernehmen will.

§ 3. Die Reichskartoffelstelle setzt den Übernahmepreis fest.

§ 4. Für leihweise Überlassung der Säcke darf eine Sackleihgebühr bis zu 1 Mark für die Tonne gezahlt werden. Werden die Säcke nicht binnen einem Monat nach der Lieferung zurückgegeben, so darf die Leihgebühr um 25 Pfennig für die Woche bis zum Höchstbetrag von 2 Mark erhöht werden. Werden die Säcke mitverkauft, so darf der Preis für Säcke, die 75 Kilogramm oder mehr enthalten, nicht mehr als 1,20 Mark, im übrigen nicht mehr als 80 Pfennig betragen.

§ 8. Die Vorschriften der Verordnung finden keine Anwendung 1) auf geringfügige Mengen, die im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt, 2) auf die unmittelbare Durchfuhr durch Deutschland, sofern die Frachtbriefe auf das Reichsausland lauten, und die Durchfuhr ohne absichtlich hervorgerufene Verzögerung oder Unterbrechung erfolgt.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 18. Februar 1916 in Kraft.

* **Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Halle.** Übertragen ist eine Postsekretärstelle dem Postsekretär Grünewald aus Teuchern in Mülhausen (Thüringen). Es hat bestanden die Postsekretärprüfung der Postassistent Wendel in Halle. Versetzt sind der Postsekretär Hübener von Halle nach Wittenberg, die Postassistenten Kellner von Hettstedt nach Eisleben, Penns von Falkenberg nach Halle, Zschernitz von Bitterfeld nach Sangerhausen. Gestorben sind der Telegraphensekretär Becker in Weißenfels, der Telegraphensekretär außer Dienst Müller in Halle. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten der Postsekretär, Feldpostsekretär Dürlich, der Ober-Postassistent, Feldpostsekretär Kirchhof, der Ober-Telegraphenassistent, Etappen-Telegraphensekretär Wöller, der Telegraphenassistent, Vizewachmeister der Landwehr Reichardt in Halle. Verliehen wurde das Herzoglich Anhaltische Friedrichskreuz am grün-weißen Bande dem Ober-Postassistenten, Sanitätsfeldwebel des Landsturms 2 Löber in Merseburg.

* **Hafersocken, Zwiebeln, Gries und Schmalz** treffen demnächst in größeren Posten ein. Gewerbetreibende, die den Verkauf übernehmen wollen, werden durch eine Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer ersucht, sich am Freitag zwischen 1 und 6 Uhr im Sparkassensitzungszimmer, Burgstraße 1, zu melden.

* **Sturmschäden.** Der gestrige Sturm hat verschiedentlich bedeutenden Schaden angerichtet, so sind z. B. in der Hallescheu Straße Holzzäune umgeworfen und Dächer erheblich beschädigt worden.

* **Erhöhung der Bleistiftpreise.** Die deutschen Bleistiftfabriken erhöhen wegen der schwierigen Produktionsverhältnisse die bisherigen Aufschläge auf 25 Prozent. Ausgenommen hiervon sind, wie aus Nürnberg gemeldet wird, einige feinste Sorten.

* **Ungeheizte Eisenbahn-Schlußwagen.** Die Eisenbahndirektionen geben bekannt, daß wegen der Einstellung der Heizkesselwagen in die Lazarett- und Krankenzüge die letzten Wagen der Züge ungeeignet zu erwärmen sind. Eine Aufstellung von Öfen sei nicht angängig. Die Reisenden werden gebeten, diese unabwendbare Kriegsfolge willig hinzunehmen und sich vor Antritt der Reise mit warmer Kleidung zu versehen.

Kunst und Wissenschaft.

„Volk in Not", das neueste Bühnenwerk von Karl Schönherr, ist in Berlin und Wien Zensurschwierigkeiten begegnet und dürfte daher für Aufführungen in nächster Zeit nicht in Betracht kommen.

Aus Provinz und Reich.

Ammendorf, 16. Februar. Eine türkische Studienkommission besichtigte hier mehrere groß-gewerbliche Betriebe.

Sangerhausen, 15. Februar. Der am 26. d. Mts. tagende Kreistag wird sich auch mit einer Erhöhung der Kreissteuer und der Hundesteuer zu beschäftigen haben. Der Kreisausschuß hat vorgeschlagen, die Kreissteuern von 44 auf 50 Prozent und die Hundesteuer von 3 auf 6 Mark jährlich zu erhöhen.

Apolda, 16. Februar. Der Großherzog besichtigte auf dem Truppenübungsplatz des Ersatz-Bataillons bei Widerstedt die Jugendwehr unserer Stadt. In Stärke von ungefähr 100 Jungmannen war die Kompagnie mit ihren Führern angetreten. Der Großherzog ließ sich durch einzelne Gruppen wie durch die beiden Züge der Kompagnie die Entwicklung zu Schützenlinien vorführen und ließ die Schützenlinien alle im Gefecht vorkommenden Bewegungen machen. Nachdem alsdann die Kompagnie in Frontlinie angetreten war, hielt der Großherzog an die Jungmannen und ihre Führer eine Ansprache. Auf die Notwendigkeit der Beteiligung aller Jungmannen an der militärischen Vorbereitung der Jugend hinweisend, führte der Großherzog dem Sinne nach aus, die freiwillige Beteiligung an den Übungen bilde einen wertvollen Maßstab für die Beurteilung des vaterländischen Pflichtgefühls des Einzelnen. Wer sich bewußt sei, vor welchen furchtbaren Schrecknissen unsere tapferen Truppen uns durch die siegreiche Abwehr der Russen bewahrt haben, und wie wir ihnen dafür zum Danke verpflichtet sind, daß wir in Sicherheit und Ruhe leben können, den müsse Ehr- und Pflichtgefühl dazu zwingen, schon von sich aus in die Reihen der Jugendwehr einzutreten.

Altenburg, 16. Februar. In den Geschäftsräumen eines Rechtsanwalts gab kurz vor einem Termin ein Mann auf seine Ehefrau mehrere Revolverschüsse ab, die aber fehlgingen. Die Frau flüchtete auf die Straße, wo der Ehemann sich selbst tötete, nachdem weitere Schüsse auf die Frau fehlgegangen waren. Angeblich haben noch zwei Personen leichtere Wunden bei dem Auftritt davongetragen.

Hannover, 16. Februar. In einem Anfall geistiger Umnachtung hat die Frau des Kaufmanns Glahn in Schäßendorf (Kr. Winsen, ihre 5 Söhne im Alter von 3 Monaten bis 13 Jahren durch Revolverschüsse getötet. Religiöse Gegensätze zwischen den Ehelenten und in letzter Zeit Geldsorgen sind nach einem Briefe der unglücklichen Mutter die Ursache ihrer Bluttat. Die Geisteskranke, die sich selbst schwer verletzte, wurde der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Lüneburg zugeführt.

Berlin, 17. Febr. Pelzwaren für etwa 100 000 Mark wurden heute Nacht bei der Konfektionsfirma H. Wolff gestohlen.

Berlin, 17. Februar. Gestern abend bald nach 6 Uhr drang der 33jährige Landsturmmann Rudolf Heinze in die Küche des in der Leipziger Straße 85 belegenen Hofbräuhauses und gab nach kurzem Wortwechsel auf seine Braut, die 20 Jahre alte Helene Kastrid, drei Schüsse ab, die Brust und Rücken der Unglücklichen durchbohrten. Dann schoß Heinze sich selbst eine Kugel in den Kopf. Beide sind schwer verletzt.

Benneckenstein (Harz), 15. Februar. Zehn hiesige Bäckermeister, bei denen sich eine Fehlmenge von 7 bis 19 Zentnern Mehl herausstellte, wurden mit 50 M für jeden fehlenden Zentner bestraft. Die Strafsumme beträgt zusammen 6000 M.

Stargard, 17. Februar. Der Sohn einer Soldiner Witwe, der auf Urlaub aus dem Felde kam, hatte einen Blindgänger mitgebracht, den er für ungefährlich erklärte. Als die Kinder damit spielten, fiel die Granate zu Boden, explodierte und verwundete den Krieger, seine Frau, die Schwester und ein Kind so schwer, daß alle nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Bei der Explosion wurde außerdem erheblicher Materialschaden angerichtet. — Ein weiterer Fall ereignete sich in Simonsdorf bei Stettin, wo ein auf Urlaub gekommener Landsturmmann ebenfalls vom Schlachtfelde eine Granate mitgebracht hatte, die in die Hände seiner Kinder geriet. Das Geschoß krepierte und brachte zwei Kindern schwere Verletzungen am ganzen Körper bei, sodaß sie ebenfalls nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten.

Gerichtszeitung

Gewässerte Brotkarten-Abschnitte.

Berlin, 16. Februar. Mogeleien bei Abgabe der Brotkarten-Abschnitte seitens einzelner Bäckermeister kamen bei einer Anklage zur Erörterung, die den Bäckermeister Gustav Bruschwitz gestern vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. Die Brotkarten-Abschnitte werden bekanntlich von den Bäckern gesammelt und wöchentlich zu der zuständigen Brotkommission gebracht. Da diese nicht in der Lage ist, die vielen Abschnitte einzeln nachzuzählen, so werden sie gewogen, und auf Grund des ermittelten Gewichts erhält dann der Bäckermeister die Mehlmenge zugewiesen. Mehrere Bäcker sollen nun, wie behauptet wird, versucht haben, das Gewicht künstlich zu erhöhen durch Beimengung von Papierschnitzeln, Kuchenkrümeln, Sand, Blei und in zahlreichen Fällen durch Anfeuchtung, und zwar, um die Zuweisung einer größeren Anzahl Mehlmarken zu erreichen. Der Angeklagte soll einer solchen Mogelei sich schuldig gemacht haben, indem er durch seine Tochter am 31. Oktober die in der Vorwoche angesammelten Brotmarken-Abschnitte in feuchtem Zustande der Brotkommission schickte. Nach Abzug des Gewichts der Düte wurde das Gewicht der Abschnitte auf 1934 Gramm festgestellt und danach dem Meister sein Mehlquantum zugewiesen. Nach Austrocknung der Marken sank das Gewicht auf 1815 Gramm, so daß sich eine Differenz von 119 Gramm ergab und der Angeklagte nach der Umrechnung in Mehl 116 Kilogramm Mehl mehr erhalten hat. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und verurteilte ihn zu 300 Mark Geldstrafe.

Vom Auslande.

Fliegerunglück auf Java.

Ein Flugzeug mit dem Befehlshaber der niederländischen Truppen auf Java, General Michielsen, und dem Fliegerleutnant Terpoorten stürzte in der Nähe von Krawang ab. General Michielsen wurde getötet, Leutnant Terpoorten schwer verletzt.

Explosion eines französischen Eisenbahnwagens.

Nach dem „Petit Parisien" ist in Chalons-sur-Marne im Güterbahnhof ein mit Munition beladener Eisenbahnwagen explodiert. Der Sachschaden ist bedeutend. Alle in der Nähe der Unglücksstelle befindlichen Telegraphenleitungen wurden zerstört. Die telegraphische Verbindung zwischen Epernai und Paris ist unterbrochen.

Handel – Verkehr – Volkswirtschaft

× **Continental Caoutchouc und Guttapercha Comp., Hannover.** Der Aufsichtsrat schlägt nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen 30 Prozent Dividende (wie i. V.) vor.

Wettervoraussage.

Freitag, den 18. Februar: Von West nach Ost fortschreitende Abkühlung, zeitweise heiter, doch zunächst noch regnerisch.

Letzte Depeschen.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 17. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. Bei den Aufräumungsarbeiten in der neuen Stellung bei Obersept wurden noch acht französische Minenwerfer gefunden.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teil der Front lebhafte Artillerie-Tätigkeit. Unsere Flieger griffen Dünaburg und die Bahnanlagen von Wilejka an.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der türkische Heeresbericht.

Konstantinopel, 17. Februar. Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront wurden ein feindlicher Monitor, der sich der Küste von Alan Dere nähern wollte, und ein Kreuzer, der auf die Höhe von Koba Tepe kam, durch das Feuer unserer Artillerie gezwungen, sich zu entfernen. — Von den übrigen Kriegsschauplätzen ist nichts zu melden.

Ein neuer deutscher Unterseebooltyp?

Haag, 16. Februar. Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph" meint, daß die angekündigte deutsche Tauchbootkampagne gegen Handelsschiffe vielleicht neue Überraschungen aufweisen wird, da Deutschland, wie Neutrale aus der Ostsee melden, einen neuen Typ des Unterseeboots besitzt, der am besten als Tauchmonitor zu bezeichnen wäre. Der englische Sachverständige beschreibt das Boot als zigarrenförmig mit einem starken, wasserdicht zu schließenden Panzerturm, in dessen Mitte sich die Kommandobrücke befindet. Das Boot kann ganz untertauchen, halb unter Wasser oder wie ein gewöhnliches Schiff fahren und kann von bewaffneten Handelsschiffen überhaupt nicht, von Kriegsschiffen nur schwer beschädigt werden. In der Panzerung befinden sich Kanonen unbekannter Zahl und Kaliber, aber es steht fest, daß das Kaliber viel größer ist, als die Deutschen bis jetzt hatten.

Peter Carp beim rumänischen König.

Bukarest, 16. Februar. Peter Carp wurde nach seiner Rückkehr in die rumänische Hauptstadt vom König in einer mehrstündigen Audienz empfangen.

Die japanische Krise.

Tokio, 15. Februar. Die Krise zwischen dem japanischen Parlament und der Regierung dauert fort. Zwischen der Regierung und der zweiten Kammer ist ein neuer Streit ausgebrochen, da diese die Regierung zwingen will, wegen der von Rußland verfügten Beschränkung der Fischereierlaubnis in den ostasiatischen Gewässern, sowie sonstiger japanfeindlicher Maßregeln Vergeltungsmaßregeln gegen Rußland anzuwenden. Die japanische Gesellschaft in China fordert die japanische Regierung auf, den jetzigen günstigen Augenblick des europäischen Krieges zu tatkräftigem Eingreifen in China auszunutzen. Hierdurch allein könne sich Japan die Vorherrschaft im Osten für alle Zeiten sichern. Den Zeichnungen auf die russische Anleihe von 105 Millionen Mark hielt sich das japanische Publikum vollständig fern. Der gesamte Betrag wurde von den Banken und Versicherungsgesellschaften aufgebracht.

Die Bewegung in Persien.

Konstantinopel, 16. Februar. Die persische Geistlichkeit fordert vom Schah den offenen Anschluß des Landes an die Türkei und die Mittelmächte. Die Ulemas drohen, das persische Volk pflichtgemäß auf die richtige Bahn zu führen, die jeder gute Mohammedaner gehen müsse.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160218-11/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Bundesrats über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821).

Auf Grund des § 7, Abs. 1 der Verordnung des Bundesrats über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade vom 16. Dezember 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 821) wird folgendes bestimmt:

I. Nachdem durch §2 und §7, Abs. 2 der Verordnung die Verwendung von Milch und Sahne jeder Art zur gewerbsmäßigen Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade im Sinne des § 8 Abs. 1 und 2 daselbst für das ganze Reich verboten und die Befugnis, Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, dem Reichskanzler übertragen ist, wird hiermit die Vorschrift in § 1 Nr. 2 der Anordnung der Landeszentralbehörden vom 18. Oktober 1915, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung über Beschränkung der Milchverwendung vom 2. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 545), — veröffentlicht im deutschen Reichsanzeiger vom 18. Oktober 1915, abends Nr. 246, im HMBl. S. 344 und M. Bl. d. Landw. Verwaltung S. 191, — aufgehoben. In § 1 und § 4 der Anordnung sind demnach die Ziffern 2 zu streichen.

II. Als zuständige Behörde im Sinne des § 9 der Verordnung gelten die Ortspolizeibehörden. Höhere Verwaltungsbehörde ist der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident.

Berlin W. 9, den 4. Februar 1916.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Der Minister des Innern.

Vorstehende Ausführungsbestimmung wird mit dem Bemerken veröffentlicht, daß geschlagene Sahne allein oder in Zubereitungen im Kleinhandel, insbesondere in Milchläden, Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen wieder verabfolgt werden darf.

Merseburg, den 15. Februar 1916.

Der Königliche Landrat.
J.-Nr. 1123 L. J. V.: Kürsten, Kgl. Kreissekretär.

Bekanntmachung,

betreffend Berichtigung der Bekanntmachung, betreffend Schroten auf nicht gewerblichen Schrotmühlen.

In § 2 meiner Bekanntmachung vom 8. d. Mts. — J.-Nr. 399 K. G. — veröffentlicht in Nr. 36 des Merseburger Tageblattes muß es anstatt: „Ortsbehörde" „Ortspolizeibehörde" heißen.

Merseburg, den 14. Februar 1916.

Der Königliche Landrat.
J.-Nr. 1085 K. G. J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

Beitritt zur Kreiseinkaufsgenossenschaft.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 11. d. Mts. wird erleichternd zugelassen, daß die schriftliche Beitrittserklärung zur Kreiseinkaufsgenossenschaft auch noch in der am Sonntag, den 20. d. Mts. 4¹⁵ nachmittags, in Müllers Hotel, Merseburg (am Bahnhof) stattfindenden endgültigen Gründungsversammlung erfolgen kann.

Merseburg, den 11. Februar 1916.

Die Gründer der Kreiseinkaufsgenossenschaft Merseburg m. b. H.

Stadtrat Thiele, Kaufmann Teichmann, Kaufmann Wolff, Merseburg, Kaufmann Otto Walther-Lauchstedt, Kaufmann Stammer-Schafstädt, Kaufmann Teichmann-Lützen, Kaufmann Bauer-Dürrenberg, Kaufmann Hüthig-Schkeuditz, Kreisausschußsekretär Hannemann.

Bekanntmachung.

In diesen Tagen trifft ein größerer Posten

Haferflocken, Zwiebeln, Gries und Schmalz

bei uns ein, welcher an Wiederverkäufer abgegeben werden soll.

Diejenigen Gewerbetreibenden hiesiger Stadt, welche Haferflocken, Zwiebeln, Gries und Schmalz zum Weiterverkauf von uns erwerben wollen, werden hierdurch ersucht, sich

Freitag, den 18. Februar ds. Js., nachm. zwischen 4 und 6 Uhr im Sitzungszimmer der städtischen Sparkasse Burgstraße Nr. 1 zu melden.

Merseburg, den 15. Februar 1916.

Der Magistrat.

Sammelstelle III — Merseburg für Kupfer, Messing und Reinnickel.

Freitag, den 18. Februar 1916

Abnahme für folgende Straßen in der Reihenfolge:
Bürgergarten, Christianenstraße, Clobigauerstraße, Dammstraße, Domplatz, Domprobstei, Domstraße, Eisenbahnstraße.

Merseburg, den 17. Februar 1916.

Der Magistrat.

Aufmerksame Bedienung. Mäßigste Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft
für
Braut- und Erstlings-Wäscheausstattungen

Feraspr. 259.

Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Bei einem Pferd des Handelsmanns Otto Böge in Burgliebenau ist die Räude amtstierärztlich festgestellt worden.

Lösen, den 15. Februar 1916.
Der Amtsvorsteher.

Die Maul- und Klauenseuche unter den Ochsen des Rittergutes Löpitz ist erloschen.

Lösen, den 15. Februar 1916.
Der Amtsvorsteher.

Wir geben hierdurch bekannt, daß am

Sonntag, den 20. cr.

in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr die Stromversorgung zwecks Vornahme dringender Betriebsarbeiten seitens der Ueberlandzentrale unterbrochen wird.

Merseburg, d 16. Februar 1916
Städtisches Elektrizitätswerk.
Schaarschmidt.

Passage-Theater
HALLE a. S.

Spielplan vom 18.—24. Februar

Ein neuer Psilander-Film.

Der schwimmende Vulkan.

Schauspiel in 3 Akten.

Zofenstreiche.

Reiz. Filmkomödie in 3 Akten
In den Hauptrollen:
:: Hedda Vernor ::
Anna Müller-Linke.

Astoria-Lichtspielhaus
HALLE a. S.

SATAN OPIUM

Ein Drama menschlicher Leidenschaften.
5 Akte.

Die verkaufte Braut.
Ein tolles Lustspiel.

BEGINN:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Verkäufe.

Angel-Schellfisch
frisch eingetroffen
bei **Emil Wolff,**
Roßmarkt.

Trotz der fortwährend. Teuerung der

Möbel

verkaufe mein riesengroßes, überfülltes Lager in hocheleganten

Speise- und Herrenzimmereinrichtungen
aparte Ausführungen
Schlafzimmereinrichtungen
Eiche, Birke, Mahagoni, Kirschbaum und Birnbaum, in reicher Auswahl
Einzelne Möbelstücke
zu außergewöhnlichen billigen Preisen

Friedrich Peilcke,
Halle a. S., Geiststr. 24/25.

Ein Stuben-Hund,
echter Foxterrier, ist zu verkaufen
Steinstraße 9.

Grüne Heringe
à Pfund 35 Pfg.
frisch eingetroffen bei
Emil Wolff.

Von Freitag, den 18. ds. Monats, empfehle ich eine große Auswahl

belgischer, schwedischer, oldenburger u. hannoverscher
Pferde,
darunter Zucht- und tragende
Stuten.

Chr. Körber, Halle-S., Dorotheenstrasse 7.
Telephon 1195.

Tüchtige
Schmiede, Schlosser u. Monteure
auch Kriegsbeschäd., mit Reparatur von landw. Maschinen vertraut, finden **sofort** dauernde Arbeit.
Central-Ankaufstelle
Halle a. S., Merseburgerstr. 17—19.

Stellenmarkt.

Einige kräftige Leute
werden noch als Telegraphenarbeiter angenommen.
Telegraphenbauführer Böhm,
Kl. Ritterstraße 16.

Geschirrführer.
Wegen Einberufung des jetzigen **sofort** ein tüchtiger, zuverlässiger Geschirrführer gesucht.
Gebrüder Graul.

Bäckerlehrling
unter günstigen Bedingungen sucht sofort oder Ostern
W. Juckoff, Bäckermstr., Neumarkt 21.

Suche zu Ostern einen
Lehrling
unter günstigen Bedingungen.
Otto Bretschneider, Eisenw.-Hdlg.

Einen Lehrling
sucht **W. Reinecke,** Tischlermeister.

Ein tüchtiges
Mädchen
wird zum 1. April gesucht.
Frau Professor Hartung,
Poststr. 4 I.

Ein anständiges Mädchen zum 1. März
als Lernende
gesucht. **Thür. Schokoladenhaus,** Kl. Ritterstr. 1.

Junges Mädchen
als Lernende
per 1. 4. 16. gesucht.
Otto Franke, Burgstr.

Vermietungen.

Die 2. Etage
Christianenstraße 17,
bestehend aus 6 Zimmer, Küche, Baderaum, Speisekammer, Innentoilette, mit Gas und Garten, ist versetzungshalber zu vermieten.

Größere Etagenwohnung,
herrschaftlich eingerichtet, mit Garten, eventl. Pferdestall und Wagenremise, ist zu vermieten und 1. April zu beziehen. Näheres
Kleine Ritterstr. 9, I.

Wohnung (eine Etage) von 2 Stuben, 3 Kammern, Küche, elektrisch Licht nebst Zubehör sofort oder später zu beziehen
Unter-Altenburg 52.

Möblierte Wohnung,
2—3 Zimmer, Küche, Mädchengelaß, zu mieten gesucht. Gefl. Angebote schriftlich mit Angabe des Preises erbeten an
Dr. Rust,
Hilfslazarett Kasino.

Am Bahnhof 1
ist eine größere Etagenwohnung zu vermieten und sofort oder später zu beziehen. Näheres
Kleine Ritterstr. 9 I.

I. Etage,
4 Zimmer nebst allem Zubehör, zu vermieten und 1. April 1916 zu beziehen
Roßmarkt 17.

4-Zimmer-Wohnung
1. April oder früher zu beziehen
Lindenstraße 19.

In der Nähe der Funkenburg,
grosses Zimmer
für 2 Landsturmleute passend zu vermieten. Zu erfragen
Gutenbergstr. 1. im Laden.

Frdl. möbl. Zimmer
mit Gas — Nähe der Bahn — sofort zu vermieten Hälterstr. 27, p.

Freundl. möbl. Zimmer
mit elektrisch Licht an besseren Herrn sofort zu vermieten. Offerten unter **M. P.** an die Expedition d. Blattes.

Freundl. möbl. Zimmer
mit 2 Betten, sofort zu vermieten
Hälterstraße 15.

2 freundl. möbl. Zimmer
mit Gas, sofort oder später zu vermieten Gotthardtstraße 39 II.

2 freundl. möblierte Zimmer sofort zu vermieten Wagnerstr. 8 I.

Frdl. möbliertes Zimmer
sofort zu vermieten.
Friedrichstr. 38.

Frdl. möbliertes Zimmer
mit Gas sofort zu vermieten
Lindenstr. 11 II.

Frdl. möbliertes Zimmer
mit Gas und Schreibtisch sofort zu vermieten Roter Feldweg 5 II.

Gutes möbliertes Zimmer
mit elektr. Licht, im besserem Hause sofort zu vermieten
Leunaerstraße 6 I.

Freundl. möbl. Zimmer
mit Gas sofort zu vermieten.
Gotthardtstr. 36 I.

Verantwortlich für die Redaktion: L. Balz. Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160218-11/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 41 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Freitag, den 18. Februar 1916.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung der Ernährungsdebatte im Abgeordnetenhaus.

Über die Erklärung des Ministers von Loebell in der Sitzung vom gestrigen Mittwoch und den Beschluß des Hauses, von der Erörterung von Fragen der auswärtigen Politik abzusehen, berichteten wir bereits in der gestrigen Nummer.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde die Erörterung der Ernährungsfragen fortgesetzt, kam aber zu keinem Abschluß.

Der Sozialdemokrat Hofer mußte wegen seiner maßlosen Angriffe gegen die Deutsche Landwirtschaft zur Ordnung gerufen werden.

Abg. Dr. Roesicke (kons.) verteidigt die Landwirtschaft, die durchaus national gehandelt habe. Bei den Kartoffeln sei eine Preisstaffelung angebracht. Sie haben für den Landwirt den Wert des Futtermittels, verkaufe er sie, so müsse der Erlös für die Beschaffung von Ersatz genügen. „Wie ist die Lage der Landwirtschaft? An Weizen, Roggen, Hafer, Gerste haben wir 1913 dem Werte nach 5213 Millionen geerntet, 1915 nur 4202 Millionen, also 1 Milliarde weniger! Wie kann man da von guter Lage reden? Die Industrie verteilt Dividenden und legt Reserven zurück. Sollte die Landwirtschaft das nicht auf dürfen? Haben wir ein Interesse daran, mit einem ausgepowerten Bauernstand in einen Krieg zu gehen? Das wohlverstandene Interesse der ganzen Nation ist, daß die Landwirtschaft leistungsfähig bleibt, denn wir brauchen sie im Kriege! (Sehr richtig! rechts.)

Worte des Lobes für die Leistungen der Landwirtschaft und des Vertrauens an unsere wirtschaftliche Sicherheit holten auch die Abg. Herold (Ztr.) und Campe (natl.)

Am Schlusse der Sitzung machte der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Michaelis, der Vorsitzende der Reichsgetreidestelle, folgende bedeutsame Mitteilungen. Die Schätzung der letzten Ernte im Juli vorigen Jahres habe ein wenig günstiges Ergebnis geliefert. Der geschätzte Betrag der zu erntenden Brotfrucht bleibe beträchtlich hinter der Durchschnittsernte zurück. Die Hoffnung, daß die Bestandaufnahme im November v. Js. ein günstigeres Ergebnis liefern werde, habe sich nicht erfüllt; im Gegenteil sei das Ergebnis jener Bestandsaufnahme so ungünstig gewesen, daß der Vorrat nicht einmal dem genau ermittelten Jahresbedarf entspricht. Als daraufhin im Januar d. Js. die Herabsetzung des Konsums auf die Sätze vom Sommer v. Js., die Wiederherstellung der stärkeren Ausmahlung und der Verzicht auf Verfütterung von Hinterkorn angeordnet wurde, konnte auf Grund inzwischen vorgenommener einzelner Prüfungen angenommen werden, daß Vorrat und Bedarf einschließlich einer kleinen Reserve sich decken würde. Die jetzt vorgenommene neue Bestandsaufnahme habe erfreulicherweise nicht nur diese Annahme voll bestätigt, sondern es sei auch sichere Aussicht vorhanden, für das neue Erntejahr zur Überwindung der Zwischenzeit zwischen Ernte und Ausdrusch des Getreides etwas größere Mengen, als zuerst angenommen wurde, nämlich von 200 000 Tonnen bereitstellen zu können. Was die Mühlenpolitik der Reichsgetreidestelle anlange, so seien unter den von ihr beschäftigten 492 Mühlen nur 47 Großmühlen, die übrigen 445 seien sämtlich mittlere oder kleinere Mühlen. Wenn die Zahl der beschäftigten Mühlen gegenüber der im vorigen Jahre beschäftigten reduziert werden mußte, so hat das seinen Grund darin, daß infolge der Selbstbewirtschaftung der meisten kommunalen Bezirke die Reichsgetreidestelle wenig mehr als 3 Millionen Tonnen Getreide zur Vermahlung zu bringen hat, d. h. etwa den fünften Teil derjenigen Menge ihres Mahlgutes, welche in normalen Friedensjahren den deutschen Mühlen zugeführt werden. Für das nächste Erntejahr werde eine neue Organisation der Mühlenbeschäftigung vorbereitet, durch welche ein Zusammenwirken der Reichsgetreidestelle mit den selbstbewirtschaftenden kommunalen Bezirken, eine gleichmäßige Verteilung des Mahlgutes auf die verschiedenen Teile des Landes und die dort bestehenden Mühlenvereinigungen erstrebt werden wird.

In der Vollsitzung am Donnerstag soll die Verhandlung über die Volksernährung zum Abschluß gebracht und über die dazu gestellten Anträge abgestimmt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gesandtenwechsel.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Der Kaiserliche Gesandte Wirkliche Geheime Rat Dr. Michahelles hat sich nach arbeitsreichen und bewegten Jahren in Sofia, denen eine lange Dienstzeit in den Tropen vorausging, genötigt gesehen, einen Erholungsurlaub nachzusuchen. Der Gesandte hat sich nach kurzem Aufenthalt in Berlin zunächst zur Kur nach Kissingen begeben. Da der Gesandtenposten in Sofia im gegenwärtigen Augenblick nicht längere Zeit verwaist bleiben kann, ist, wie wir hören, der bisherige Gesandte in Kristiania Graf Oberndorff ausersehen, Herrn Michahelles in der bulgarischen Hauptstadt zu ersetzen.

Exzellenz Michahelles, der in Anerkennung seiner Verdienste auf dem bisherigen Posten durch Verleihung des Roten Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub ausgezeichnet wurde, wird nach Wiederherstellung seiner Gesundheit einen anderen Gesandtenposten erhalten.

Wenn der Krieg vorbei ist — was dann?

Der bekannte englische Schriftsteller Bernard Shaw veröffentlicht unter diesem Titel eine lange Auslassung, der wir nach der „Continental Times“ folgendes entnehmen:

— — Einige Fragen, über die wir uns klar werden müssen. Was Deutschland angeht, wünschen wir nach dem Kriege ein freies oder ein zu Boden gedrücktes Deutschland? Wir mögen uns vor Deutschland nach dem Kriege sehr fürchten, aber wünschen wir eine russische Suprematie nach dem Kriege? Wir wünschen vielleicht Deutschland zu zerdrücken — wir haben dafür vielleicht unsere Gründe, aber ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns bisher über diesen Punkt nicht klar geworden sind. — Wir müssen uns von der unwürdigen Torheit frei machen, von der wir in letzter Zeit zu viel gehabt haben, die Britannien als eine Art Kino-Heldin darstellt, die verraten wird. Ich liebe es nicht, daß die Deutschen von den Senegalesen getötet werden, obschon die Senegalesen auf meiner Seite sind. Ich liebe den Gedanken nicht, daß Deutschen von Gurkhas die Kehle abgeschnitten werden. Ich will die fremden Rassen nicht niedriger stehend nennen, aber ich liebe es nicht, daß sie die Kehlen höherer Zivilisationen abschneiden, nicht den Gedanken,, daß London, Paris oder Berlin von diesem Volk geplündert werden könnte. Deutschland hat diese Art von Truppen nicht. Sie sind alle Deutsche und sie verstehen alle die Befehle in derselben Sprache. Das ist eines der Dinge, die uns wirklich angestrengt nachdenken machen. — — — Es hat keinen Zweck zu sagen, daß wir nie beabsichtigten oder versuchten, Deutschland einzukreisen. Tatsache bleibt, daß wir es taten, und wir sind augenblicklich froh, daß wir es taten. Treibt den Sieg zu weit und wir treiben vielleicht Deutschland und Amerika einander in die Arme, und solch einem Stern könnte sich eine gute Zahl kleiner Nationen anschließen. Möglicherweise Schweden wegen seiner Angst vor Rußland. Wenn wir es gänzlich mißachten, treiben wir es vielleicht in die Arme Deutschlands. — Es gibt noch eine ernstere Möglichkeit. Angenommen, die nächste Kombination wäre zwischen Deutschland und Rußland. Die beste Kombination, die ich stets befürworte, wäre eine Liga der westlichen Zivilisation von dem Felsengebirge bis zu den Karpathen auf demokratischer Basis. Die Nationen müßten Frankreich gegen Deutschland, Deutschland gegen England und Rußland garantieren usw. Ich glaube nicht, daß irgendwie Frieden in der Welt sein kann, bis Frieden zwischen England, Frankreich und Deutschland ist. Wir müssen eine Liga zwischen Amerika, Frankreich England und Deutschland machen der sich Belgien und andere Staaten anschließen könnten. (!!!)

Bernard Shaw hat sich in diesem Kriege schon mancherlei geleistet, auch öfters Anzeichen merken lassen, daß er noch nicht verlernt hat, objektiv und nüchtern zu denken. Immerhin scheint ihm die Fähigkeit zu fehlen, die ganze Glut des Hasses und des niederträchtigsten Verbrechertums, die Englands uns gegenüber entfaltet hat, in ihren Wirkungen auf die deutschen Volksempfindungen abzuschätzen. Sonst würde er derart verschwommene kosmopolitische Gedanken kaum hervorgebracht haben.

Aus Stadt und Umgebung

* **Gründungs-Versammlung der Kreiseinkaufs-Genossenschaft.** Hierdurch machen wir auf die Sonntag, den 20. Februar Nachmittag 4¼ Uhr in Müllers Gasthaus (Külke) am Bahnhof zu Merseburg stattfindenden Versammlung zur Gründung einer Kreiseinkaufs-Genossenschaft besonders aufmerksam. Eingeladen sind alle Kaufleute des Kreises Merseburg, welche ihren Eintritt in der Versammlung schriftlich erklären wollen und es liegen daselbst Anmeldungs-Formulare aus. Der Geschäftsanteil ist auf 200 M festgesetzt, deren Einzahlung auf Antrag mit Genehmigung des Aufsichtsrates und Vorstandes auch ratenweise geschehen kann. Nach Beratung und Genehmigung der Satzungen wird in der Versammlung der Aufsichtsrat und Vorstand gewählt. Es liegt im Interesse jedes Kaufmannes dieser gemeinnützigen Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Einwohnern des Kreises preiswerte Waren zuzuführen, beizutreten.

* **Zur Beschlagnahme der Web-, Wirk- und Strickwaren.** Als Erläuterung zu den Bestanntmachungen betreffend Beschlagnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren und militärischer Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken wird durch das Webstoffmeldeamt auf folgendes hingewiesen:

1. Auch andersfarbig als gelb gepaspelte Kriegsgefangenenanzüge fallen unter die Beschlagnahme, wenn sie sonst nach ihrer Art als Kriegsgefangenenanzüge in Frage kommen. Die Erwähnung der gelben Farbe soll nur als Beispiel dienen und nicht die Bedeutung haben, daß andersfarbig als gelb gepaspelte Kriegsgefangenenanzüge beschlagnahmefrei sind.

2. Es sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß auch Sandsackstoffe nicht nur nach ihrer Bestimmung zu Sandsäcken zu beurteilen sind, sondern nach ihrer Verwendungsmöglichkeit.

3. Die in der Presse verbreitete Ansicht, daß Zwischenfutterstoffe, wie Steifleinen usw. nicht unter die Beschlagnahme fallen, wenn sie weniger als 200 Gramm für den Quadratmeter wiegen, ist irrig. Sie sind in diesem Falle nicht unter Gruppe 6 zu melden, wohl aber unter Gruppe 8, Sandsackstoffe. Nach dieser sind alle glatten Gewebe in Leinwand oder Köperbindung, soweit sie nicht in anderen Gruppen meldepflichtig sind und 160 Gramm für den Quadratmeter wiegen beschlagnahmt, ebenso andere Zutgeweebe in dieser Gewichtsgrenze, wie Packleinen usw.

4. Zwischenfutterstoffe mit Rohstoffzusatz unterliegen nach Gruppe 5 der Übersichtstafel der Bekanntmachung Nr. W. M. 1000/14. 15 KRA der Beschlagnahme.

5. Web- und Wirkstoffe, die zur Anfertigung von Männertrikotagen in Betracht kommen, sind beschlagnahmt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sich zur Anfertigung von Männertrikotagen auch die meisten Web- und Wirkstoffe eignen, die früher zur Anfertigung von Handschuhen usw. verwendet wurden. Derartige Web- und Wirkstoffe dürfen demnach nur noch zu Männerhemden und Männerunterhosen verarbeitet werden, die unter die Beschlagnahme fallen.

Auf dunklen Pfaden.

Roman von L. Hottner-Grefe.

(Nachdruck verboten.

27]

„wama,“ sagte er warm und voll Herzlichkeit, „wir wollen ihn liebhaben, nicht wahr? Er soll uns stets ein teures Vermächtnis Onkel Ludwigs sein!“

Seine Hand lag auf den winzigen Händchen. Es war, als leiste er dem Knaben ein heiliges Versprechen.

Frau Otta war weiß geworden, aber kein Wort kam über ihre Lippen.

Der Bezirksrichter wendete sich sogleich an Hanne. Er fragte zuerst nach ein paar allgemeinen Daten, nach ihrem Namen, Alter, bisherigen Wohnort. Sie gab in fließendem Deutsch Antwort und konnte sich auch durch ihre Papiere ausweisen.

Sie hieß Johanne Winkler, war in Deutschland geboren, als junges Mädchen mit ihren Eltern ausgewandert und dann bald durch einen Zufall auf die einsame Farm des Herrn Ambros verschlagen worden. Damals kam Elisabeth zur Welt, und da die Mutter des Kindes bei dessen Geburt starb, übernahm Hanne die Pflege und Wartung des kleinen Mädchens.

Die alte Frau schilderte dann das einsame, vollständig weltabgeschiedene Leben auf der Farm in Brasilien, welches sie lange Jahre hindurch teilte.

Sie erzählte, daß Elisabeth Ambros ohne alle Gefährten, ohne Freundinnen und Gespielen in voller Freiheit aufwuchs, daß sie aber durch ihren Vater eine vorzügliche Erziehung und Ausbildung erhielt.

Walter Ambros, der Farmer, hatte bereinst in Deutschland eine bedeutende Rolle im wissenschaftlichen Leben gespielt. Durch harte Schicksalsschläge verfolgt, zog er sich mit seinem jungen Weibe in die Einsamkeit zurück. Seine Frau starb, er und seine heranwachsende Elisabeth aber fühlten sich glücklich inmitten der weiten, herrlichen Wälder, in ihrem Hause, welches so voll von Frieden und Liebe war.

„Wann starb Herr Ambros?“ unterbrach der Bezirksrichter die alte Frau, welche unwillkürlich weitläufiger geworden war in den Schilderungen ihrer einstigen geliebten Heimat.

Hanna trocknete die Tränen, die bereits von neuem zu fließen begannen.

„Das ist nun mehr als fünf Jahre,“ sagte sie, sich sammelnd. „Elisabeth war damals kaum zwölf Jahre. Trotzdem hat dieser Verlust sie furchtbar hart getroffen. Unser Nachbar — seine Farm lag zwei Stunden weit von der unserigen entfernt — übernahm die Sorge für die Kleine, das heißt er ritt allwöchentlich einmal zu uns herüber und sah nach, ob wir nichts brauchten, er kaufte uns die Äcker und Plantagen ab und legte das Geld für Elisabeth an. So lebten wir still dahin, bis — ja bis Baron von Werbach zum erstenmal zu uns kam.“

Die alte Frau hielt wieder einen Augenblick inne. Sie stand gerade gegenüber der schönen Baronin Otta. Sekundenlang glitt ihr Blick hin über die hohe, schlanke Gestalt dieser vollerblühten Frau, welche freilich heute bedeutend älter aussah als sonst, über dieses schmale, feine Gesicht, aus dem die Augen in einem so heißen Feuer lohten.

Hanna wußte noch kaum etwas von Otta von Werbach. Aber ein sonderbares Gefühl der Kälte überlief sie, als sie dachte, daß diese Frau nunmehr die nächste weibliche Anverwandte ihrer unglücklichen jungen Herrin war.

Hadmar hatte wieder das Händchen des Kindes ergriffen.

„Also mein Onkel Ludwig kam zu Ihnen auf die Farm?“ sagte er wie ermunternd. Dabei streifte sein Auge hin über die schöne Photographie, welche auf dem Tisch lag.

Elisabeths reine, kindliche Züge sahen dem Beschauer in sprechender Aehnlichkeit entgegen. Baron Ludwig von Werbach hatte das Bild am Vorabend selbst an diesen Platz gelegt. Man lag es noch hier und übte auf den jungen Mann einen seltsamen Zauber aus.

Noch nie hatte er ein so liebes, süßes Antlitz gesehen; noch nie hatte der Anblick eines Frauengesichtes ihn so tief erschüttert. Hanna sah unsicher von Otta auf den jungen Freiherrn. Aber dieses junge Männerg sicht war so vertrauenerweckend, so gütig. So begann sie ohne Scheu weiter zu erzählen.

„Ach, du lieber Himmel“, sagte sie; „jawohl, der Herr Baron kam zu uns. Nie, nie werde ich die Stunde vergessen! Wir saßen auf unserer Veranda, Elisabeth und ich — und nähten. Da klang plötzlich ein Hufschlag an unser Ohr.“

Gleich darauf kam unter den Palmen hervor ein Reiter auf uns zu. Hinter ihm versank eben die Abendsonne. Der Himmel stand wie in einem Feuermeer. So deutlich hob sich das edle, stolze Männergesicht ab gegen diesen Hintergrund.

Ich hatte nicht auf das Kind, auf Elisabeth, geachtet. Erst jetzt merkte ich, daß sie aufgesprungen war, und nun faßte sie nach meiner Hand und flüsterte:

„Hanna — der Märchenprinz!“

Und auch der Reiter hatte sein Roß angehalten und sah, ohne sich zu regen, nach meinem Liebling herüber. Ganz unter den hängenden Rosen stand sie. Ihr Haar war offen und fiel wie ein schwerer Mantel um ihre zarte Gestalt. Und noch nie war Elisabeth so schön gewesen, wie damals.

So standen sie, die zwei, und haben sich stumm angesehen.

Endlich ist der Baron nähergekommen und hat angefangen mit uns zu sprechen und hat uns erzählt, wo er herkommt, und daß er sich verirrte und von seinem Reisegefährten getrennt wurde. Dann hat er uns um Quartier gebeten.

Wir haben ihn aufgenommen. Musilo, der Neger, hat zwar den Kopf geschüttelt und hat uns gewarnt, aber zum erstenmal trat Elisabeth als Herrin auf. Sie selbst bestimmte das Zimmer unseres Gastes und sorgte, daß ihm nichts abgehe.

Zuerst wollte er bloß einen Tag bleiben. Aber aus dem einen Tag wurden viele; und einer war immer schöner als der vergangene. Das Kind war ganz selig. Sie hatte außer ihrem Vater und dem Nachbar und Musilo noch kaum einen Mann gesehen. Es war kein Wunder, daß ihr der Baron gefiel.“

„Und mein Onkel?“ fragte Hadmar rasch.

Hanna sprach jetzt nur zu ihm. Und er folgte mit stets wachsendem Interesse ihren Worten.

„Ja — der Herr Baron, der liebte ja meinen Liebling vom ersten Augenblick an, da er sie sah,“ sagte sie, „ein Blinder hätte das merken müssen! Er hat sie angebetet wie eine Heilige und verhätschelt wie ein Kind. Es war ganz begreiflich, daß sie bald keinen andern Gegenstand hatte, als ihn.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160218-11/fragment/page=0005

6. Nicht nur Hemden in vorschriftsmäßiger Ausführung von Militärhemden, sondern Männerhemden jeder Art — mit Ausnahme von Oberhemden, Nachthemden, Hemden aus gebleichten Leinen- und Baumwollstoffen und seidenen Hemden — sind beschlagnahmt; das Gleiche gilt für Männerunterhosen. Unter gebleichten Leinen- und Baumwollstoffen sind nur solche zu verstehen, die nach Beendigung des Webverfahrens im Stück gebleicht sind, nicht aber aus gebleichten oder gefärbten Garnen gewebte Stoffe.

* **Die Ausnahme für die Kleinbetriebe von der Süßigkeiten-Einschränkung.** Durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 2. Februar 1916 wurde eine Ausnahme von der Einschränkung der Zuckerverarbeitung zu Süßigkeiten zugunsten der Kleinbetriebe (Konditoren, Feinbäckereien usw.), welche keine größere Zuckerverarbeitung als 20 Doppelzentner im Jahresdurchschnitt hatten, gewährt. Voraussetzung ist hierbei, daß diese Kleinbetriebe auch im Jahre 1916 nicht mehr als höchstens 20 Doppelzentner Zucker zu Süßigkeiten (Konfitüren) verarbeiten. Besonders betont sei hierbei noch, daß neugegründete Unternehmungen nicht unter diese Ausnahme fallen; etwaigen Neugründungen von Konfitürenfabriken usw. steht überhaupt kein Anrecht auf einen Zuckeranteil zu. Die Regelung und Überwachung des Verkehrs auch der Kleinbetriebe wird durch die Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe in Würzburg durchgeführt; die Zuckerzuteilungsstelle entscheidet auch darüber, ob ein Betrieb als Kleinbetrieb im Sinne der Verordnung vom 2. Februar 1916 anzusehen ist, und gibt den Antragstellern Ausweis hierüber. Anträge auf solche Ausweise sind nach Darlegung der Verhältnisse und Einsendung von Erklärungen über den Zuckerverbrauch von der Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg erhältlich. Ohne solchen Ausweis über die Freigabe des Kleinbetriebs oder sonst ohne ordnungsmäßigen Bezugsschein dürfen Zuckerlieferanten keinen Zucker an Süßigkeitenhersteller, auch Kleinbetriebe, abgeben.

* **Ausreichende Kaffeevorräte.** Wie wir erfahren, hat die im Januar d. Js. durch den Reichskanzler angeordnete Bestandsaufnahme der deutschen Kaffeevorräte ergeben, daß für absehbare Zeit ausreichende Bestände zur Befriedigung des deutschen Konsums vorhanden sind.

* **Die drohende Kartoffelnot** darf zunächst wieder einmal für Merseburg als beseitigt gelten. Es ist dem Magistrat gelungen, sich soweit zu decken, daß der Verkauf in der bisherigen Weise (½ Zentner) fortgesetzt werden kann. Größere Mengen können freilich nicht abgegeben werden. Indes ist so dem Mangel vorgebeugt, mehr ist nicht notwendig, wäre angesichts des nun einmal gebotenen sparsamen Verbrauchs vielleicht auch gar nicht wünschenswert.

* **Die Schweinepreise bei uns und in den Nachbarkreisen.** Der Landwirtschaftliche Bauernverein des Saalkreises hielt gestern Mittwoch in Halle eine Versammlung ab. Dabei führte der Beamte der Landwirtschaftskammer Becker aus: Die im November festgesetzten Höchstpreise für Schweine hatten den von der Regierung beabsichtigten Zweck nicht erfüllt. Schon seit Wochen ging das Gerücht, es würden neue Höchstpreise festgesetzt werden. Am 14. Februar hat der Bundesrat eine neue Verordnung verabschiedet, die sehr einschneidender Natur ist. Es handelt sich vor allem darum, daß nicht mehr Höchstpreise für Marktorte, sondern ab Stall festgesetzt werden, so daß der freie Handel außerhalb der Marktorte ausgehört hat. Man hat nicht mehr Marktortbezirke, sondern 9 Preisbezirke aufgestellt und darin gestaffelte Abteilungspreise bestimmt. Die Provinz Sachsen gehört den Preisbezirken 5, 6 und 7 an. Der Saalkreis gehört zum Preisbezirk 5. Diese Preisbezirke bilden nach der Absicht der Verordnung in sich abgeschlossene Wirtschaftsgebiete auf Grund gemeinsamer Bedürfnisse. Nun hat sich aber hier eine merkwürdige Erscheinung herausgestellt. Während der Saalkreis um die Stadt Halle in den Preisbezirk C des § 1 gesetzt worden sind, sind die Nachbarkreise Merseburg, Querfurt und Mansfelder Seekreis dem Preisbezirk G mit einem höheren Preise von 3 Mark für 50 Kilo zugeteilt worden, obgleich die wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Kreisen denen des Saalkreises völlig gleich sind. Der Redner gab hierauf die Preise für 50 Kilo Lebendgewicht, nüchtern gewogen, im Preisbezirk 5 bekannt. Sie betragen bei einem Schweinegewicht von 180—200 Pfund 102 M, bei 160—180 Pfund 92 M, bei 141—160 Pfund 82 M, bei 121—140 Pfund 77 M, unter 120 Pfund 72 M. Das Mindestgewicht ist von 112 auf 87 Pfund herabgesetzt. Durch die Art der Preisbezirksverteilung kommt es, daß in Wörmlitz (Saalkreis) für 50 Kilo 102 M gezahlt werden, in Passendorf bei Halle (Merseburger Kreis) aber 105 M. Zum Ausdruck kommt diese Verschiedenheit auch in der Festsetzung der Zuschläge. Die Preise erfahren bei einem Gewicht von 200—220 Pfund einen Zuschlag von 10 vom Hundert. Es kosten dann im Saalkreis 50 Kilo 112,20 M, im Merseburger Kreis 115,50 M. Bei einem Gewicht von 220—240 Pfund gibt es einen Zuschlag von 15 v. H. Höchstpreis im Saalkreis 117,30 M, im Merseburger Kreis 120,75 M. Beim Gewicht von 241—280 Pfd., Zuschlag von 20 v. H., Höchstpreis im Saalkreis 122,40 M, im Merseburger Kreis 126,00 M. Über 280 Pfund beträgt der Zuschlag 25 v. H., also Höchstpreis im Saalkreis 127,50 M, im Merseburger Kreis 131,25 M. Diese Preise verstehen sich ab Stall, nüchtern gewogen. Die Landeszentralbehörden haben festzustellen, was unter „nüchtern gewogen" zu verstehen ist. Wahrscheinlich muß nach der Fütterung eine 12-stündige Pause folgen. Zu den Höchstpreis schließen sich die Beförderungskosten nach der nächsten Verladestation ein. Beträgt die Entfernung mehr als 2 Kilometer, so kann 11 Mark mehr gefordert werden. Der Redner empfahl Schritte bei der Landwirtschaftskammer, die eine Versetzung des Saalkreises und der Stadt Halle in die Gruppe G bezweckten. Die Versammlung beschloß eine Eingabe an die Landwirtschaftskammer zwecks Schritten zur Gleichstellung der Preise für Stadt Halle und Saalkreis mit denen der Nachbarkreise, da sonst eine Abwanderung des Viehs zu befürchten sei.

* **Über die Ansiedelung der Invaliden in der Provinz Sachsen** hat der Landeshauptmann als Vorsitzender des Kriegsbeschädigtenfürsorge-Ausschusses an die Kreise und kreisfreien Städte der Provinz Sachsen erlassen, behufs Herbeiführung eines Beschlusses an zuständiger Stelle, ob grundsätzlich Geneigtheit zur Mitarbeit an der großen Aufgabe besteht. Eine Anzahl von Städten hat der Ansiedlung von Kriegsinvaliden bereits ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Zur Lösung der schwierigen Aufgabe, den Kriegsbeschädigten eine möglichst auf dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit aufgebauten Existenz unter Besitz einer eigenen Scholle zu verschaffen, bedarf es eines einheitlichen Vorgehens aller in Frage kommenden Stellen. Auf Veranlassung der Provinzial-Kriegsbeschädigtenfürsorge hat zwar die bekannte Siedelungsgesellschaft „Sachsenland" das Unternehmen bereits in großem Umfange übernommen, aber sie bedarf doch dabei der tatbereiten und verständnisvollen Mitwirkung der Städte und ländlichen Kommunalverbände. Erfahrungsgemäß wird nach dem Kriege eine ausgedehnte Kleinwohnungsnot einsetzen. Um ihr abzuhelfen, muß das Kleinsiedlungswesen zielbewußt gefördert werden. Die Hilfe der Siedelungsgesellschaft „Sachsenland" kann nur dann von nachhaltigem Erfolge sein, wenn die Städte und Kommunalverbände einen Teil der Arbeit, der Kosten, der Landgewinnung und Kapitalbeschaffung übernehmen. Welche Maßnahmen im einzelnen zu ergreifen sind, wird von den örtlichen Verhältnissen abhängen und in jedem Falle mit der Siedelungsgesellschaft zu vereinbaren sein. Vor allem müssen die Gemeinden bereit sein, geeignetes Land der Siedelungsgesellschaft nachzuweisen und möglichst billig zur Verfügung zu stellen; etwaige Vorausleistungen im öffentlichen Interesse, z. B. für Schulen, Wegebauten usw. sind möglichst von der Allgemeinheit zu tragen, um die Ansiedlerstellen so wenig wie möglich damit zu belasten. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hat sich bereit erklärt, hypothekarisch sicher zu stellende Darlehen bis zur Höhe von 90 vom Hundert des Werts herzugeben, wenn die Gemeinde die selbstschuldnerische Bürgschaft für die Zahlung der Zinsen und Tilgungsraten übernimmt. Wünschenswert bleibt es in jedem Falle behufs einheitlichen Vorgehens und gesicherten Erfolgs, daß die einschlägigen Stellen, die die Ansiedlung der Invaliden tatkräftig unterstützen wollen, sich unmittelbar mit der Siedelungsgesellschaft „Sachsenland" in Verbindung setzen.

* **Militärrente und Lohn.** Man schreibt uns: Nach den in verschiedenen Lazaretten und gewerblichen Betrieben gemachten Erfahrungen halten sich kriegsbeschädigte Rentenempfänger häufig deshalb von der Arbeit fern, weil sie glauben, daß lohnbringende Beschäftigung eine Verminderung ihrer Rente zur Folge habe. Die irrig eine solche Auffassung auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ist, ergibt sich aus nachstehenden Ausführungen.

Die Höhe der Militärversorgung wird nicht nach der Erwerbstätigkeit, die im allgemeinen in der Höhe des Lohnes ihren Ausdruck findet, sondern nach der Erwerbsfähigkeit bemessen. Der Grad der Erwerbsfähigkeit wird in erster Linie nach dem aus den Folgen der Dienstbeschädigung sich ergebenden Gesundheitszustande bestimmt. Die Erwerbsverhältnisse und alle übrigen Umstände werden zur Beurteilung mit herangezogen, können aber niemals von ausschlaggebender Bedeutung sein. Ist ein Dienstbeschädigter gänzlich erwerbsunfähig, so erhält er die Vollrente, ist er teilweise erwerbsunfähig, die Teilrente des entsprechenden Dienstgrades. Im allgemeinen wird allerdings der gänzlich Erwerbsunfähige nicht oder wenig in der Lage sein, sich einen Verdienst zu verschaffen. Anders ist es aber bei dem nur teilweise Erwerbsunfähigen. Dem Sinne des Gesetzes nicht allein, sondern ebensosehr der sittlichen Auffassung unseres Volkes nach ist er verpflichtet, die ihm verbliebene Arbeitskraft nutzbringend zu verwerten. Er befindet sich in einem großen Irrtume, wenn er glaubt, daß die Rente, die ihm nur für den Teil der verminderten Arbeitsunfähigkeit entschädigen soll, zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes ausreichen müsse. Was ihm zur Deckung seiner Ansprüche fehlt, muß und kann er sich bei gutem Willen verdienen. Dieser Verdienst kommt ihm zu gute, ohne eine Schmälerung seiner Rente herbeizuführen. Denn die Rente hängt, wie schon gesagt, lediglich von dem zeitigen körperlichen Zustand ab und nicht von anderen Verhältnissen, wie z. B. der Höhe des Verdienstes. Leute, die größere Glieder (Arm, Bein, Hand) oder das Augenlicht verloren haben, können die Verstümmelungszulage niemals verlieren, auch wenn sie einen noch so hohen Verdienst haben. Die Kriegszulagen verbleiben ihnen in derselben Höhe, so lange sie überhaupt in dem gesetzlichen Mindestgrade (10 Prozent) erwerbsbeschränkt sind.

Wer also z. B. infolge Verlustes des linken Armes neben einer Rente eine Kriegszulage von 15 Mark monatlich und Verstümmelungszulage von 27 Mark monatlich erhält, behält die Zulage unverändert lebenslänglich, weil naturgemäß die durch die Folgen der Verletzung bedingte Erwerbsunfähigkeit niemals weniger als 10 Prozent betragen wird. Hieraus geht hervor, daß er auch die an und für sich veränderliche Rente nie ganz verlieren wird. Auch der völlig Erblindete behält seine Verstümmelungszulage und die Kriegszulage lebenslänglich neben einer hohen Rente, auch wenn er zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage eine der vielen für Blinde vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten ergreift.

Jeder noch einigermaßen erwerbsbeschädigte Kriegsbeschädigte wird gut daran tun, sich um eine Erwerbsquelle zu bemühen, denn die Arbeit schafft Freude am Leben und hilft über manche Widerwärtigkeiten hinweg.

Die Einheitsware.

Seiner Natur nach ist jeder gesetzliche Eingriff ins Wirtschaftsleben generell und schematisch. Es ist unmöglich, den vielen Sondergestaltungen den ungeheuer verschiedenen Produktionsverhältnissen, Herstellungsmethoden, Absatzformen und Betriebsweisen, Preiskalkulationen, Geschmacksabstufungen nachzugehen und sie zu berücksichtigen. So ist es verständlich daß jeder gesetzliche Eingriff eine Fülle von Grenzfällen schafft, bei denen es zweifelhaft ist, ob sie unter das Gesetz fallen oder nicht. Diese Grenzfälle sind natürlich der eigentliche Boden der Spekulation und bieten das Spielfeld für die Umgehungsversuche, so sehr manchmal, daß die Grenzfälle, an sich zunächst Fälle mit Ausnahmecharakter, zur üblichen Erscheinung werden. Ein Beispiel: wenn ausländisches Schweinefleisch nicht unter Höchstpreisen steht, dann ist plötzlich alles Schweinefleisch ausländisch, oder wenn feinere Waren vom Höchstpreis ausgeschlossen sind, dann erscheinen plötzlich alle Waren derselben Art als feinere Qualität. Aber solche Beispiele hat jeder wohl häufig genug selbst erlebt.

In Friedenszeiten mag die Bildung solcher Grenzfälle unbedenklich sein. Bei unseren heutigen Kriegsverhältnissen sind sie sehr bedenklich; sie vereiteln oder beeinträchtigen wenigstens oft genug die Wirksamkeit der im allgemeinen Interesse erlassenen Maßnahmen. Jeder gesetzliche Eingriff hat unter unseren heutigen, kriegswirtschaftlichen Verhältnissen von vornherein mit der Bildung von Grenzfällen und damit mit Umgehungsversuchen und neuen Spekulationsmöglichkeiten zu rechnen; daher die Fülle der Verordnungen, der Einschränkungen, der Erweiterungen, kurz die Menge der Bestimmungen zur vollen Erfassung und scharfen Abgrenzung der dem jeweiligen Gesetz unterfallenden Tatbestände.

Darin liegt nun eine große Gefahr; die Gefahr der Beengung des privaten Wirtschaftshandelns, der Lahmlegung persönlicher Wirtschaftsenergien, der Verkehrsunsicherheit und vor Allem der Notwendigkeit, einer verwickelten und recht häufig unübersichtlichen Überwachungsdienst zu schaffen. Je kürzer die notwendigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, insbesondere in Ernährungsfragen, werden desto mehr entwickelt das bisher geübte, auf genaue Erfassung aller Sonderverhältnisse gehende System seine Bedenklichkeiten.

Es fragt sich, ob da Abhilfe möglich ist. Sie ist möglich, und es liegt im Interesse der Sicherung unserer Ernährung, daß sie durchgeführt wird. Erinnern wir uns an die Regelung der Brotfrage; mit einem Schlage beseitigten die Bestimmungen über das Brot eine Unmasse durchaus verschiedener Brotsorten zugunsten eines Einheitsbrotes; und wenn wir an die glanzvolle Regelung der Brotversorgung denken, mögen wir beachten, daß sie sehr stark unterstützt wurde gerade durch die Durchführung des Einheitsbrotes. Dieser Präzedenzfall zeigt uns den Weg. Entschließen wir uns beherzt zu dem weiteren Schritt, die in der Brotversorgung bewährte Praxis auszudehnen auf andere Nahrungsmittel, auch hier Einheitstypen zu schaffen. Unter allen Einschränkungen, die wir im Interesse des Vaterlandes zu ertragen haben, mag diese eine der geringsten sein, zugleich aber eine von größten, weittragendsten Wirkungen.

Literarisches.

Vom Kriege gegen die deutsche Kultur. Ein Beitrag zur Selbsterkenntnis des deutschen Volkes von Dr. Oskar Fleischer. Verlag von Heinrich Keller, Frankfurt a. M. M 1.—. Der Verfasser zieht mit leidenschaftlicher Frische gegen die deutsche Unsitte zu Felde, die ihm die gefährlichste erscheint: Die Unterschätzung des Eigenen. Er kreuzt seine Klinge mit der Freundtümelei im gewöhrlichen Sinne des Wortes, und kann dafür nur Dank finden. Er nimmt, wozu Mut gehört, den Kampf mit dem Humanismus auf, und daß sich davon freilich keinen großen Erfolg versprechen, weil er auf diesem Gebiete nicht nur vielleicht mancherlei Gegengründen, sondern auch liebgewordenen Gedankengängen und sehr persönlichen Werturteilen begegnet. Er haut auch mal gelegentlich ganz daneben, wenn er das alte französische germanische Recht dem heutigen vermeintlich deutsch-römischen Recht als lobenswertes Muster entgegenstellt, oder gar meint, man solle die Gesetzgeberei zugunsten eines Zustandes des allgemeinen Vertrauens einschränken. Das sind Schwärmereien, die aber einem Herzen voller leidenschaftlicher Liebe zum Deutschtum entspringen und somit verzeihlich sind. Daß das Büchlein anregend und nützlich zu lesen ist, daran ändern einzelne schiefe Auffassungen nichts.

Gerichtszeitung

Raubzug.

Halle, 16. Februar. Der 18jährige M. und der 16jährige E. aus Schkeuditz hatten mit einem Soldaten sich auf ein Nachbardorf von Schkeuditz begeben. Hier stiegen sie über einen Zaun und holten aus dem Gehöft des Gutes einige Enten, denen sie das Genick umdrehten. Dann wurde noch einem Gutsarbeiter ein Besuch abgestattet, dem man einige Kaninchen wegnahm, die gleichfalls sang- und klanglos ins Jenseits befördert wurden. Als die Diebe ihren Raub bergen wollten, wurden sie von einem Marinier angehalten und mußten die Tiere abliefern. Jetzt hatten sich die beiden Burschen vor der Strafkammer wegen je eines schweren und einfaches Diebstahls zu verantworten.

M. wurde zu drei Monaten Gefängnis und fünf Tagen, E. zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

76 497 M Geldstrafe.

Kolmar, 15. Februar. Die Kolmarer Strafkammer verurteilte den auch wegen Landesverrats erfolgten flüchtigen Fabrikdirektor Johann Baptist Haeffele aus Gebweiler wegen Steuerhinterziehung zu 76 497 M Geldstrafe.

Turnen, Spiel und Sport.

Wir bitten die hiesigen Turn- und sportreibenden Vereine, uns mit ihren Veranstaltungen auf dem laufenden zu halten, damit entsprechende Berücksichtigung in dieser Spalte erfolgen kann. (Die Redaktion.)

Fußballsport. — Am kommenden Sonntag finden die Verbandsspiele wieder ihren Fortgang. Hoffentlich ändert sich das Wetter, damit die Spielplätze besser spielfähig sind. „Preußen I"-Merseburg spielt in der ersten Klasse gegen „Wacker-Halle 1. Mannschaft und Verein für Bewegungsspiele I-Merseburg in der zweiten Klasse gegen „Borussia II"-Halle.

Von der mitteldeutschen Mannschaft, die am Sonntag auf dem Sportplatz gegen Norddeutschland spielt, hat leider der gute Rechtsaußen Ketscher abgesagt.

Leichtathletik. — Die leichtathletischen Meisterschaften 1916 kommen voraussichtlich am 27. August in Leipzig zum Austrag. — Das Meldeergebnis für das Berliner Hallensportfest am Sonntag ist recht gut ausgefallen. Für das aus 12 Konkurrenzen bestehende Programm haben insgesamt 260 Teilnehmer genannt.

* * *

Radweltmeister Fritz Ryser †. Der bekannte Schweizer Dauerfahrer Fritz Ryser ist in Berlin an Vergiftungserscheinungen, die angeblich auf Krebsvergiftung zurückgeführt werden versterben. Seine Leiche wurde beschlagnahmt. Der 1873 geborene Schweizer begann seine Rennfahrerlaufbahn 1897 als Straßenfahrer in der Schweiz. 1898 fuhr er das erste Mal in Deutschland und nahm dann in den letzten fünfzehn Jahren an fast allen großen deutschen Rennen mit sehr gutem Erfolg teil. 1899 gewann Ryser die Meisterschaft der Schweiz, im Jahre 1908 die Meisterschaft der Welt über 100 Kilometer in Berlin-Steglitz vor Brunt und van der Stuyft.

Handel – Verkehr – Volkswirtschaft

× **Spirituszentrale.** Die Spirituszentrale teilt in einem Rundschreiben ihren Mitgliedern mit, daß infolge des Zurückbleibens der Spirituserzeugung von Mittel-, West- und Süddeutschland die Spirituserzeugung trotz der großen östlichen Produktion hinter den Erwartungen zurückbleibt. Da der Kartoffelmarkt Anlaß zu der Besorgnis bietet, daß für den Brennereibetrieb nicht die ursprünglich bestimmte Menge an Rohprodukt zugeteilt werden wird, so hat der Gesamtausschuß des Verwaltungsverbandes den Beschluß gefaßt, bei der zuständigen Stelle die Zulassung anderer Rohstoffe als Kartoffeln zu beantragen. Ferner wurde vom Gesamtausschuß beschlossen, vom 14. Februar ab den Abschlagspreis von 62 auf 65 M zu erhöhen. Des weiteren soll beim Reichskanzler die Genehmigung dazu eingeholt werden, daß für alle vom 14. Februar bis 15. September 1916 steueramtlich abgefertigten und der Spirituszentrale zur Verwertung überlassenen Mengen ein Sonderzuschlag von 13 M für das Hektoliter gezahlt wird.

Marktberichte.

Friedrichsfelde, den 16. Februar 1916.

Auftrieb: 404 Stck. Schweine, 1323 Stck. Ferkel. Verlauf des Marktes: Flottes Geschäft, Preise höher.

Es wurden gezahlt im Engroshandel für: Läuferschweine, 7—8 Mon. alt, Stck. 95—120 M., Läuferschweine, 5—6 Mon. alt, Stck. 70—95 M., Völke, 3—4 Mon. alt, 56—70 M., Ferkel, 9—13 Wochen alt, Stck. 45—56 M., Ferkel, 6—8 Wochen alt Stck. 35—45 M.

Die Direktion des Magerviehhofes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160218-11/fragment/page=0006